

Der Sozialdemokrat

Ersteint wöchentlich einmal in London. Verlag der German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road. Postgebühren franco gegen franko. Großhändler Briefe nach England zahlen Doppelpost.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N 18.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Bedeckung äußerlicher Briefe abgeben lassen. In der Regel schick man die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In posthaltigen Fällen eingeschrieben.

4. Mai 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fabrik-Inspektoren haben und drüben.

Die „Frankfurter Zeitung“ stellt neulich einen Vergleich an zwischen dem Gebahren der deutschen Fabrikinspektoren, bzw. Gewerberäthe den Arbeitern gegenüber, und dem Verhalten der österreichischen Kollegen derselben in den Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit. Der Vergleich fiel in jeder Hinsicht zu Gunsten der österreichischen Fabrikinspektoren aus. Während dieselben vielfach wirklich bis zu einem gewissen Grade sich als Anwälte der Arbeiter bewähren, lassen die deutschen Gewerberäthe im Großen und Ganzen ihre Aufgabe dahin auf, vor Allem sich beim Unternehmerthum beliebt zu machen.

Man höre mir:

Bei uns wenden sich die Arbeiter nicht an die Fabrikinspektoren um Vermittlung bei Streiks. Die Beamten der Beamten sind in der Mehrzahl so groß, daß die meisten Arbeiter von der Existenz eines Inspektors kaum etwas wissen. Und wie sieht es mit der Eigenschaft der Beamten als „Anwälte und Berater“ der wirtschaftlich Schwachen? Da fehlt meistens noch mehr als Alles. In den Berichten der deutschen Inspektoren kann man bei der Erwähnung von Streiks wohl Worte wie „Kaufwiegler“, „Rädelnführer“, „Manns-friedene“ lesen, und der Antifamarische Streikerlag hat es mit sich gebracht, daß die Beamten in Arbeitsverhältnissen von wem herein „sozialistische Wühlereien“ zu erklären pflegen. Dem sachlichen Eingehen auf die rein ökonomischen Forderungen der Arbeiter dagegen weiß keine Spur, wie es denn so bezeichnete wie nur möglich ist, was der Besondere Beamte in seinem letzten Jahresberichte mittheilt. Er beschränkt gerade eine Fabrik, als eine Deputation der Arbeiter beim Unternehmer die Wünsche der Arbeiter bezüglich günstiger Lohnbedingungen vorbringt. Dem sachlichen Beamten genügt eine Nachweisung über die Verdienverhältnisse der Arbeiter, welche er sich sofort vom Unternehmer anfertigen ließ, und die ihm seiner Meinung nach von der günstigen Lage der Leute unterrichtete, um die Arbeiter mit einer selbständigen Unternehmung in die Welt zu schicken. Daran, daß es notwendig und geboten sei, die Forderungen der Arbeiter auch nur zu wissen, daran dachte der Beamte gar nicht. Er ließ sich also die dankbare Gelegenheit, wirklich Vermittler und ausgleichend einzutreten, völlig entgehen. Denn es ist doch klar, daß die Wünsche der Arbeiter durch patheistische Klagen nicht erledigt werden konnten und daß selbst zur sachlichen Überlegung ihrer Forderungen näheres Eingehen auf ihre Argumente notwendig war. Kein Wunder, daß die deutschen Arbeiter von solchen Beamten keine sachfräftige Vermittlung erwarten und ihre Sache allein ansprechen suchen, ein Zustand, der die sozialen Gegensätze nur verschärfen kann.

Soweit die „Frankf. Ztg.“ und Niemand wird dem volksparteilichen Blatt nachzulesen können, daß es in Bezug auf die Dinge in Preußen-Deutschland übertreibt.

Und nun das andere Bild:

In einem Wiener Etablissement der Papierindustrie stellten Arbeitern die Arbeit deshalb ein, weil sie pöbellich im Afford, dessen Preis ihnen zu gering war, statt im festen Lohne arbeiten sollten. Mit Rücksicht auf die in der Arbeitsordnung normierte 14tägige Kündigung verweigerte die Direktion die sofortige Herausgabe der Arbeitsbücher. Von den Arbeiterinnen zur Intervention veranlaßt, berichtet nun wirklich der Inspektor, „habe ich den Standpunkt vertreten, daß der Affordpreis mit Rücksicht auf die festgesetzte Kündigungsfrist mindestens 14 Tage vorher hätte vereinbart werden müssen, und daß die Arbeiterinnen nur unter Befassung im alten Lohnverhältnisse zur Einhaltung der Kündigungsfrist verhalten werden können. Diese Ansicht wurde akzeptiert und nach 14tägiger Unterbrechung, für welche Zeit die Arbeiterinnen Vergütung erhielten, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.“

Obwohl schätzte derselbe Beamte den Wiener Streik, der voriges Jahr einiges Aufsehen erregte, und zwar wiederum einem Grund der Gehilfen folgend. Er konferierte mit Vertrauensmännern der Prinzipale und Arbeiter und vermittelte die ersten dazu, den Haupttheil der Streikforderungen zu gewähren.

Der Inspektor des zweiten Aufsichtsbereiches (Wiener-Renstadt) machte die Herausgabe der Affordbücher um 15 Prozent, welche in einer Eilengiecherei beabsichtigt war und zum Streik geführt hatte, durch Rücksprache mit dem Unternehmer rückgängig, verhängte in einer Spinnererei und Weberei eine Lohnreduktion, die infolge Wegfalls der zwölften Arbeitsstunde eintreten sollte, zu Gunsten der schlecht gestellten Arbeiter und erzielte ähnliche Ergebnisse in anderen Fällen, wo er „das ruhige und taktvolle Auftreten der Arbeiter“ rühmt.

Im Referate des Grazer Inspektors findet sich folgende Stelle (es handelt sich um eine Schulmaasfabrik, in welcher eine gewissen Arbeitern unvortheilhafte Aenderung in der Arbeitszeitung zum Streik geführt hatte): „In weiterer Verhandlung suchte ich dann den Direktor zum Einlenken auf die Forderungen der Arbeiter zu bewegen, was auch gelang. Derselbe gab die Zusicherung, daß keiner der am Streik theilhaftig gewordenen Arbeiter entlassen werden würde.“

Diese Stellen aus den neuesten Berichten der österreichischen Gewerbeinspektoren liegen sich leicht vermehren. Was ist ihnen allen gemeinsam? Die Unbefangenheit, mit welcher die Beamten an die Beurteilung der Streitfragen herantraten, was umgekehrt ihre regelmäßige Warnung durch die Arbeiter erklärt, die Energie, mit welcher sie sich ohne Scheu vor giftigen Vorurtheilen auf die Seite der wirtschaftlich Schwächeren, der Arbeiter, stellen, sobald sie deren Forderungen als berechtigt erkannt haben, die rein wirtschaftliche Betrachtungsweise, deren sie sich ohne Rücksicht auf politische Momente befleißigen, und die Treue, mit welcher sie selbst für das künftige Schicksal der am Streik Theilhabenden, die eine einer rathlosigen Entlassung anheimfallen könnten, sorgen. Durch dieses zielbewußte Vorgehen ist der soziale Frieden zwischen großen Erwerbsklassen der österreichischen Monarchie nicht erschüttert, sondern erhalten und gefestigt worden, wie denn in dem werthvollen Berichtsbände, der diesen Betrachtungen als Grundlage dient, mehrfach die Feststellung wiederkehrt, daß die Unternehmer den Inspektoren und Arbeitern dankbar dafür waren, daß sie gewisse Mißstände in ihren Fabriken in Erfahrung brachten, von denen sie vorher bei der heutigen weitgehenden Arbeitsteilung gar keine Ahnung hatten.“

Auch diese Darstellung entspricht im Wesentlichen durchaus

der wirklichen Sachlage. So lasen wir erst dieser Tage wieder in einem Artikel des Brünner „Volkfreund“: „Die Arbeiter sollen zu den Gewerbeinspektoren Vertrauen haben, und sie können es auch; denn bis jetzt liegt wohl kein Fall vor, daß die Gewerbeinspektoren das in sie gesetzte Vertrauen in irgend einer Weise zu Ungunsten der Arbeiter mißbraucht hätten.“

Wie spärlich sind die Fälle in Deutschland gesät, wo ein Arbeiterblatt von einem Fabrikinspektor ein Gleiches sagen kann. Die große Mehrzahl der Herren betrachten es als ihre Aufgabe, Schönfärberei zu Gunsten der Ausbeuter zu treiben. Wir sind gewiß nicht gekommen, hier ein Loblied auf Oesterreich anzuschlagen, aber was wahr ist, ist wahr: Drüben in Oesterreich lassen die Fabrikinspektoren ihre Aufgabe als eine soziale, haben in Preußen-Deutschland als eine polizeiliche auf.

Der Gegensatz zwischen haben und drüben hat ja auch seine ganz natürliche Erklärung. So verrottet die politischen Zustände in Oesterreich auch sind, so hat der tiefgehende Streit der Nationalitäten doch die Wirkung, daß er — periodisch — die Klassenherrschaft mildert — vielleicht sagen wir besser schwächt. In Oesterreich herrscht die Bureaucratie allerdings als Vertreterin der besitzenden Klassen, aber doch zur Zeit mit einer größeren Selbständigkeit ihnen gegenüber als in Deutschland. In Deutschland haben trotz politischer, religiöser und selbst nationaler Differenzen sich die Parteien der Besitzenden auf dem Boden des gemeinen Klasseninteresses gefunden — die politischen Kämpfe unter ihnen sind nur noch vergleichsweise harmlose Wankleien. Ostpreussische Landmagnaten und rheinische Schornsteinbarone, katholische und protestantische, muerdische und freigeistige Ausbeuter sehen sich die Staatsgewalt allüberall da zur Verfügung gestellt, wo es ihre wirtschaftlichen Sonderinteressen gegenüber der Allgemeinheit zu vertreten gilt. Die Bureaucratie herrscht, aber als absolute Dienerin des Ausbeuterthums, das im unübertrefflichen Sozialreformer Bismarck seinen verständnißreichen Führer verehrt. Die Zeit, da Bismarck die Arbeiter gegen die Bourgeoisie auszuspielen versuchte, ist längst vorüber; seit er selbst Geschäftsmann geworden, hat er wohl zeitweise die verschiedenen mit ihm verbundenen politischen Parteien, nie aber das Ausbeuterthum verrathen. Alle seine Freunde aus früherer Zeit haben den beschützten Zutritt erhalten, nur Freund Bleichröder nicht. Jehnmal eher im Militärstaat Preußen einen Kriegsminister kürzen, als den geadelten Börsejobber.

Bismarck ist es nun, dem als preussischen Handelsminister die preussischen Fabrikinspektoren unterstellt sind. Was das heißt, ist in dem Sprüchwort „Wie das Haupt, so auch die Glieder“, bereits gesagt. Die Herren müssen, wie der Chef ihnen befiehlt, oder sie haben sich ihrer Bege zu scheeren. Die meisten von ihnen sind aber viel zu getreue Staatsdiener, um das Letztere zu wählen, und so eignen denn auch sie sich mit der dem Beamten so schön stehenden Anpassungsfähigkeit die Sprache und Auffassung der „Sozialreform“ an. Jeder Schwindel, der unter dem Namen „Wohlfahrtsreform“ vom Ausbeuterthum in die Welt gesetzt wird, wird verherrlicht, jeder Versuch der Arbeiter selbst, ihre Wohlfahrt zu erkämpfen, aber verdammt. So sind die Berichte der deutschen Fabrikinspektion von Jahr zu Jahr bedeutungsloser geworden, und seit sie im Handelsministerium für den Gebrauch des Publikums „bearbeitet“ werden, haben sie vollends jeden Werth eingebüßt.

Und das ist das Land, dessen Regierer an der Spitze der Sozialreformer unserer Zeit zu marschieren — behaupten. Eine größere Unverschämtheit, als in dieser Selbstreklame liegt, war noch gar nicht da. Sie ist die dickste Lüge unseres in dieser Hinsicht gewiß nicht armen Zeitalters. Wir sind weit entfernt, uns über den Nutzen, den Fabrikinspektoren stiften können, Täuschungen hinzugeben, beim besten Willen können sie die Unternehmer nicht zu Lämmern machen, die Arbeiter nicht vor den verheerenden Wirkungen des kapitalistischen Entwicklungsprozesses bewahren. Aber sie können manches Unheil von ihnen abwenden, sie können ihnen direkt und indirekt den Kampf gegen den Kapitalistenübermuth erleichtern. Und das ist unbestritten: eine ehrliche, unabhängige Fabrikinspektion ist die elementarste Vorbedingung einer wirklichen Sozialreform. Daß das Reich des praktischen Christenthums in Bezug auf diesen Punkt noch weit, weit hinter dem verrotteten Oesterreich zurück ist, gibt es ein schärferes Verdammungswort, das ihm nachgesagt werden könnte?

Die österreichische Sozialdemokratie und der Streik der Tramwaykutscher in Wien.

Aus Wien schreibt man uns unterm 27. April:

Das Wachsthum der sozialdemokratischen Bewegung in den letzten Jahren, die Thatfache, daß die Sozialdemokratie mit der Masse der arbeitenden Bevölkerung in immer engerer Verbindung getreten ist, ist schon seit einiger Zeit in den oberen Regionen sehr umfänglich bemerkt worden, und die Polizei hat daher den Antrag erhalten, wenigstens im Bereich des Ausnahmezustandes jede Massenandrangung der Partei

unmöglich zu machen. Befehle, gethan. Das Verlaumlungsrecht wurde für uns einfach konfiszirt. Die „geheime Handhabe“ dazu bietet die Ausnahmeverordnung, die eben die polizeiliche Willkür zum Vorschein erhebt. Daß, trotzdem sich die Ausnahmeverordnung nominell bloß gegen „anarchistische Verbrechen“ richtet, diese scharfe Praxis erst eingeführt wird, seitdem jede Spur von Anarchismus aus unserer Bewegung verschwunden ist, beweist, daß der Polizei die öffentliche und gerade deswegen von ihr nicht leicht zu beeinträchtigende Parteithätigkeit viel unangenehmer ist als jene, die geheim ist bloß für das Volk, nicht aber für das „Auge des Gesetzes“, das sie nicht bloß leicht durchschaubar, sondern auch dirigirt.

Öffentliche Arbeiterversammlungen werden in Wien nicht mehr erlaubt“, erklärte vor kurzem der Polizeidirektor. Auf daß dies Verbot nicht umgangen werde, haben zu Versammlungen des Vereines „Wahrheit“, des einzigen politischen Vereines, den wir in Wien haben, des einzigen, der politische Thematik diskutieren darf, als Gäste nur diejenigen Zutritt, die auf den Namen lautende Einladungskarten erhalten und die auf einer der Polizei vorzuliegenden Liste stehen. Mit andern Worten, die Polizei will uns von der großen Masse überhaupt abschneiden und uns fröhlich vor die Alternative stellen, unsere Agitationsthätigkeit entweder auf den engsten Kreis zu beschränken oder der Polizei eine Proskriptionsliste aller Theilnehmer zu liefern, die sich für unsere Sache interessieren, ihr aber als Vereinsmitglieder noch nicht bekannt sind — die Mitglieder von politischen Vereinen sind von vornherein der Polizei bekannt zu geben. Wenn man glaubte, unsere Leute dadurch zu schrecken, irrt man sich. Die Vereinsversammlung der „Wahrheit“, die seitdem unter diesen Bedingungen stattfand, war besser besucht als die früheren, trotzdem beim Eingang des Vorkais vier Spindel mit der Liste standen, um die Identität jedes geladenen Gastes festzustellen.

Und unmittelbar darauf trat ein Ereignis ein, das die Masse des arbeitenden Volkes in unmittelbarem Kontakt mit der Sozialdemokratie brachte und für ihre Lehren empfänglicher machte, als es in der gelungensten Volksversammlung möglich gewesen wäre: der Streik der Tramwaykutscher mit seinen Folgen.

Wie derselbe entstanden, wie er verlief, darüber hat die Tagespresse nicht bloß Oesterreichs sondern auch Frankreichs so unzählige Berichte gebracht, daß es höchst überflüssig wäre, mit einem weiteren Bericht um eine Woche verzußeln. „Sozialdemokrat“ nachzulesen, der ohnehin kein Nachdruckblatt ist. Einige Streikthäter auf charakteristische, im Reich kaum genügend bekannte Vorkommnisse, die direkt an diesen Streik anknüpfen, dürfen indes nicht überflüssig sein.

Charakteristisch war vor Allem die Haltung der Polizei. Es war diesmal der Äußerst seltene Fall eingetreten, daß Alles mit dem Aufsteuern sympathisirte, vom Proletariat angefangen bis zum Ministerpräsidenten und Kaiser. Die Ausbeutung der Kutscher war so offensichtlich und vornehm, ihre Forderungen so begründet, ihr Auftreten so ruhig, daß das allein schon hätte für sie Sympathien erwecken müssen. Doch ist das bei andern Streiks nicht der Fall, wo dieselben Bedingungen eintreten. Aber hier kam noch hinzu, daß die Tramwaygesellschaft so kümmerlich und habgierig ist, daß sie schon längst auch das fahrende Publikum durch Nichtbeachtung seiner Wünsche erbittert hatte, und daß sie sich nicht einmal zu jener Generosität anstrebte, mit deren Hilfe man heute jede Gemeinheit der gebildeten Klasse gegenüber beschönigen kann: zur ausgiebigen Erlaubung der Presse. Nur ein Organ scheint genügend geschickt worden zu sein, das „Tagblatt“ des Herrn Eysch; die andern zeigten sich neutral, einige sogar kutscherfreundlich. Dem Zusammenwirken dieser Umstände ist es zuzuschreiben, daß Alles sich entschieden für die Kutscher aussprach. Das hinderte jedoch die Polizei nicht, diese an das Gemeinste zu brutalisiren.

Der Tramwaygesellschaft wurde jede Ungeheuerlichkeit erlaubt. Sie durfte, entgegen den bestehenden Vorschriften, als Kutscher fahren lassen, wen sie wollte; daß zahlreiche Unfälle durch diese unerprobten Arbeiterkräfte verursacht wurden, kümmerte sie nicht. Die Kutscher, naive, unerfahrene Leute, hatten im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache alle Hoffnungen auf die Polizei gesetzt. Sie hatten erwartet, diese werde das Gesetz streng durchsetzen und keinen ungeprüften Kutscher durch die Straßen Wiens fahren lassen. Damit wäre der Streik zu ihren Gunsten entschieden gewesen. Die Polizei hat dafür gesorgt, daß diesen Leuten und allen, die mit ihnen sympathisirten, über die polizeiliche Geheuliebe und Unparteilichkeit gründlich der Staat geflohen wurde.

Die Pferdebesitzer durfte thun, was sie wollte. Was that aber die Polizei mit den Kutschern? Schon am Sonntag vor dem Streik wurden ihre Vertrauensmänner zum Kommissar Breitenfeld beschrien und ihnen davor abgedroht, daß die Kutscher beim geringsten ungeschicklichen Schritt oder wenn der Streik nicht rasch beendet werde, ausgewiesen würden. Daß man Arbeitern im Lohnkampf in dieser Weise in den Rücken fallen kann, dafür sorgen nicht der thatsächlichen Allmacht der Polizei zwei Gesetze, die in der Zeit der „Sozialreform“ in Wirksamkeit getreten sind: das Bagabunden-Gesetz, das jeden Arbeitslosen zum Bagabunden erklärt und seine „Abweisung“ in die Heimath erlaubt, und die Ausnahme-Verordnung, die die Ausweisung jedes unheimlichen Arbeiters aus dem Bereich des Ausnahmezustandes erzduldet.

Auch während des Streiks wiederholten sich die Angriffe der Polizei auf die Kutscher, die eine widerstandswürdige Ruhe bewahrten. Polizisten erschienen in den Reihen, saßen die Leute an der Brust und rissen ihnen gewalttham ihre Uniformen herunter; einzelne Streikende wurden vor die Polizei geführt und ihnen davor abgedroht, die Alternative gestellt, entweder die Arbeit wieder aufzunehmen oder ausgewiesen zu werden, worauf sie für Ersteres sich erklärten u. s. w.

Aber die Polizei fand Gelegenheit, ihre brutale Niedertracht auf einem noch weiteren Gebiet zu betheiligen.

Am Morgen des Ostersonntags, des Tags, an dem der Streik begann, hatten sich bei den verschleierten Pferdebesitzern zahlreiche Arbeiter und überhaupt Leute aus dem Volk eingefunden, den Streikenden ihre Sympathien zu bezeugen. Die Kutscher wurden mit Hürden begrüßt. Die Menge war gutwillig gestimmt und selbst das „Schneidige“ Vorgehen der Sicherheitswache gegen sie brachte sie nicht aus ihrer Stimmung. Diese änderte sich erst, als dieselbe Polizei, die so streng Sympathieandernungen für die Kutscher unterdrückte, ungeprüfte Streiker in ungeschicklicher Weise fahren ließ. Die ersten Stöße wurden — nicht von den Streikenden — mit Pfeifen und Gekohle empfangen, als aber immer mehr Wagen ausfahren, da stieg die Erbitterung der Menge auf's Aeußerste, sie zwang die Kutscher gewalttham, umzukehren und machte so wenigstens an zwei Linien — Favoriten und Hernals — jeden Pferdebesitzer unmöglich. Die zahlreiche Wachmannschaft fand nun erwünschte Gelegenheit, endlich einmal mit blanker Waffe einzuhauen, aber die Menge war zu stark, als daß sie mit ihr fertig geworden wäre. Sie mußte sich darauf beschränken, eine Erstürmung der Reihen zu verhindern. Im Kampfe wuchs die Erbitterung und Entschlossenheit der Menge, immer größere Dimensionen nahmen die „Reize“ an, es kam zu förmlichen Straßenschlachten und erst ein gewal-

Hies Aufgebot von Militär war im Stande, die „Ruhe“ wieder herzustellen, aber erst, nachdem die gesamte arbeitende Bevölkerung Wiens in der gewaltsamsten Weise aufgerollt worden.

Dah das Lumpenproletariat diese Gelegenheit benutzte, seinen Haß gegen Gesellschaft und Eigenthum und deren Wächter in seiner Weise Ausdruck zu geben, ist nicht zu leugnen. Das wird sich immer und überall ereignen, wo das Volk mit der bestehenden Ordnung in gewaltsamen Konflikt kommt, und diese Vetheiligung wird umso intensiver werden und umso häufigere Gestalt annehmen, je länger die heutige Gesellschaft dauert, die das Lumpenproletariat züchtet und verkommen läßt.

Die Verantwortung für dessen Gebahren fällt ausschließlich auf die kapitalistische Gesellschaft, deren ureigenes Produkt das „Gefindel“ ist; sie hat es geschaffen, sie mag zusehn, wie sie damit fertig wird. Erstickt es ihr während eines Volksaufstandes besonders gefährlich, so ist das ein Grund für sie, für ihre Stützen und Helfer, jede Provokation eines solchen auf das Heftigste zu meiden, es ist kein Grund für die Arbeiter, vor jeder Provokation zurückzuweichen.

Es heißt die Bedeutung der „Erzesse“ abschwächen, wenn man, wie die Tagespresse es thut, behauptet, dass das „Gefindel“ habe sich daran betheilig. Das ist nicht wahr, wie Schreiber dieses aus eigener Wahrnehmung behaupten kann. Die ganze Bevölkerung der Arbeiterquartiere war auf den Beinen, auf das Nachdrücklichste gegen die Polizei und ihr Verhalten im Streik zu demonstrieren. „Bilger“, wie man hier die Lumpenproletarier nennt, waren dabei, aber sie waren die Minderheit gegenüber Arbeitern und Kleinbürgern und deren Frauen. Auch Sozialdemokraten fehlten nicht.

Es wäre ein Unbegriff, wollte unsere Partei als solche „Erzesse“ arrangiren; nicht nur, daß dergleichen sich nicht arrangiren läßt, so beruht deren Bedeutung ja nur auf ihrer Spontanität; sie erlangen kaum je politische Bedeutung, sie ändern nichts am Kräfteverhältnis der Parteien, ihre Wirkung ist bloß eine moralische, indem sie bürgerlich die Stimmung erheben, die in den Volkswaffen herrscht, die für gewöhnlich nicht zum Wort kommen und die man für zuträglich hält, weil man sie nicht murren hört. Aber wenn es ein Bedürfnis für die Sozialdemokratie wäre, Erzesse und Putzche zu arrangiren, so ist das doch kein Grund, warum gerade Sozialdemokraten sich von einem thätkräftigen Protest ihrer Klassenossen gegen die Militär des Kaiserregiments fern halten sollten. Im Gegentheil, ihr zahlreiches Einschreiten bei solchen Gelegenheiten kann nur die vorteilhafteste Wirkung haben, den Einfluß des Lumpenproletariats niederzubringen, die Menge vor thörichtem Streichen zu warnen und dahin zu wirken, daß der Protest sich auch wirklich auf die geordnete Adresse richtet. Die Frauen uns, Konsultiren zu können, daß auch die Klassenbewußten Arbeiter, daß auch viele Sozialisten auf die Seite der „Erzenden“ traten: ihnen vor Allem ist es zu verdanken, daß die Spitze der Demonstrationen gegen die Trammay-Gesellschaft und die Polizei gerichtet blieb und daß die entstehende Bewegung nicht zu einem Juden-Krawall sich umwandelte. Man kann solche Bewegungen nicht machen, aber bis zu einem gewissen Grade leiten, und daß ihre Richtung gegen die wirklichen Veranlassungen eines Mißstandes sich wende — und weiter kann ja eine plötzliche Bewegung unorganisirter Massen in der Regel nicht gehen, die Grundursachen der Noth bleiben davon unberührt — daß die Bewegung gegen die wahren Schuldigen sich wendet und nicht am Ziele vorbeischießt, dafür haben gerade die Sozialisten zu sorgen, ihr überlegenes Wissen und ihre überlegene Erfahrung zu betheiligen.

Da steht die ganze Bevölkerung der Arbeiterquartiere an den „Erzessen“ sich betheiligte, waren außer Sozialdemokraten auch Antisemiten dabei vertreten, das heißt, die große Masse der Kleinbürger, die, halb verzweifelt, doch noch glaubt, ihr Ansehen sei die Folge einzelner Personen, nicht des Systems; die im Antisemitismus den richtigen Ausdruck ihrer denkschwachen und beschränkten dumpfen Unzufriedenheit gefunden hat. Wahrheit erbärmlich dagegen haben sich die antisemitischen Führer im Kampf gegen das Judenthum nur ein Kampfs um die Beute, ein Kampf um das Privilegium auf Ausbeutung, nicht ein Kampf gegen die Ausbeutung. An Stelle der ausbeutenden Juden sollen ausbeutende Christen treten, die Ausbeutung selbst nicht angetastet werden. Da es nicht zu erwarten ist, daß Trammayfischer selbst nach radikaler Ausbreitung der Juden zu Ausbeutern werden, haben sie kein Anrecht auf die Sympathien unserer antisemitischen Herren. Dieselben trühten keinen Finger für die Streikenden; ihr Blatt, das täglich erscheinende „Deutsche Volksblatt“, äußerte sich kühl und nichtsflegend und dachte nicht im Entferntesten daran, etwa eine Sammlung zu Gunsten der Arbeiter einzuleiten.

Im Gegentheil. Die Liberalen wollten in höchst einseitiger Weise die Antisemiten als die Wächter der Erzesse hinstellen. Unter Anderem behaupteten sie, dieselben hätten den streikenden Arbeitern Geld gegeben; da verwahrte sich nun das „Volksblatt“ im Brustton heftiger Entrüstung gegen diese „elende Verleumdung“ und erklärte, daß vielmehr die Juden die Streikenden unterstützt hätten, nämlich der Jude Dr. Adler, der auch „die Streikenden aufhebt und haranguirte“.

So das Blatt, welches vorgibt, die Interessen der „werkthätigen Bevölkerung gegenüber der Ausbeutung durch das jüdische Kapital“ zu vertreten!

Die Herren Liberalen und Antisemiten haben sich übrigens gegenseitig nichts vorzumerken, die Einen wie die Anderen haben sich gleich schuldig und feig benommen. Wer die Streikenden unterstützte, das waren nicht die Antisemiten, nicht die „Juden“, sondern die „Sozialdemokraten“. Nicht der Jude Adler, sondern der Sozialdemokrat Adler ist für sie eingetreten. Unsere Genossen haben den Streik natürlich nicht provoziert, sobald aber einmal die Arbeiter ihren Entschluß geäußert, zu streiken, haben unsere Genossen Alles aufgeboten, daß der Streik günstig für dieselben ausfalle. Sie haben sie mit den betreffenden Geschichtsbestimmungen bekannt gemacht, so daß die Arbeiter auf gleichem Boden verblieben und den Herren Polizeikommissären die Freude verdarben, die schon in der Vorahnung der kommenden Angelegenheiten geschmeckt hatten. Sie haben den Arbeitern gezeigt, wie man sich organisiert und wie die Einzelnen in Fühlung mit dem Gros bleiben; sie haben endlich in der „Gleichheit“ eine Sammlung eröffnet, die binnen wenigen Tagen achthundert Gulden ergab, eine für unsere bescheidenen Verhältnisse bedeutende Summe. Weder dürfte damit ein Ausfall nicht getroffen werden; es dürften manche der Streikenden gemahngelt werden, die Leute haben gar keine finanzielle Rückhalt; es gilt, ihnen und durch sie der ganzen arbeitenden Bevölkerung zu zeigen, daß die Arbeiter in ihrem Kampfe nur einen Freund haben, der thätkräftig für sie eintritt, die Sozialdemokratie, zunächst des eigenen Landes, wo die nicht anerkant, die internationale Sozialdemokratie.

Es würde daher die Redaktion des „Sozialdemokrat“ der Sache einen großen Dienst leisten, wenn sie eine Sammlung für die Opfer des Trammaystreites eröffnen wollte. Die moralische Wirkung dieser Unterstützung wird eine noch viel größere sein als die finanzielle; sie wird in den Arbeitern Oesterreichs das Bewußtsein ihrer internationalen Solidarität, vor allem mit den Genossen im Reich, verankern. Die Arbeiter Oesterreichs haben trotz ihrer Armuth bei den letzten Reichstagswahlen in Deutschland 300 Gulden für ihre deutschen Genossen aufgebracht. Mögen diese sich jetzt revanchiren.

Ueber den Ausgang des Streiks ist zur Stunde, wo ich dies schreibe, Sicheres noch nicht zu melden. Die Unterhandlungen schweben noch. Die Abwendung dieses Verfalls läßt sich indeß nicht verzögern, wenn er noch vor Redaktionsschluss einlaufen soll. Wenn es den Arbeitern gelingt, etwas zu erreichen, haben sie es nur dem Eingreifen ihrer Klassenossen zu verdanken. Ohne das Eingreifen der Sozialdemokraten durch Rath und Geldsammlungen wären die Arbeiter schon am ersten Tag unruhig und unheimlich geworden und schließlich unterlegen. Und trotz des festen Zusammenhaltens der Ruhe, Besonnenheit und Ausdauer, die sie thätkräftig an den Tag gelegt, wären sie schließlich doch auf Gnade oder Ungnade der Rache ihrer Feinde preisgegeben worden, denn ökonomisch waren sie besiegt, sobald die Polizei gegen sie und für die Scads eintrat. Wenn sie trotzdem nicht unterlegen sind, so danken sie es den „Erzessen“ ihrer Klassenossen. Die Kapitalistenpresse behauptet heutzutage, diese Erzesse schädigten die Sache

der Arbeiter, raubten ihnen die Sympathien des Publikums. Thatsache ist, daß diese Sympathien des Publikums, soweit dasselbe nicht aus Arbeitern besteht, keinen Finger in Bewegung setzten. Erst als die Erzesse vom Samstag, Montag und Dienstag der Bourgeoisie in die Glieder fuhren, daß ihr die Räte schlotterten, gelangte sie zur Erkenntnis, daß „etwas geschehen“ müsse, verhängte der Gemeinderath einen Kautionserlaß von 50,000 Gulden über die Gesellschaft, verpöchte Statthalter und Ministerpräsident, für die Streikenden vermittelnd zu wollen. Ohne die „Erzesse“ wäre es keinem dieser Herren auch nur im Schlaf eingefallen, sich mit der Sache der Arbeiter ernsthaft zu befassen, man hätte diese ruhig ihrem Schicksal überlassen. Aber man kann doch nicht Eigenthum und Leben aufs Spiel setzen, der fetten Dinanden des Herrn Reiches wegen!

Wir Sozialdemokraten können zufrieden sein. Die Polizei hatte uns einen Manöver angelegt, uns zu hindern, die Bevölkerung zu „verhegen“. Aber ihr Verhängnis will es einmal, daß, so oft sie uns die „Erziehung“ erschwert, sie selbst dies Geschäft in weit wirksamere Weise besorgt.

Die Bevölkerung wird wieder zur Ruhe gelangen, die große Masse wieder in Indifferenz versinken. Darüber geben wir uns keinen Illusionen hin. Aber gar mancher ist doch zum Denken gebracht worden, gar mancher geht von seinem Vertrauen in die Gerechtigkeit und Gerechtigkeit unserer Polizei, gar mancher zur Einsicht gekommen, daß nur in der Sozialdemokratie das Heil der Arbeiterklasse zu finden ist. Und auch die große Masse vergißt nicht, was die Sozialdemokraten für die Arbeiter gethan haben, was die Polizei wider die Arbeiter verbrochen. Und das Eine wie das Andere wird eines Tages seine Früchte tragen.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 1. Mai 1889.

— Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Die Seeschlange des Oberfelder Konkrete-Prozesses hat wieder eine andere Gestalt; sie gleicht der Wolfe des Polonius, die erst ein Biest ist und dann ein Volkstisch; Gestern war es ein Volkstisch, der, noch schlummer wie der Volkstisch des Jonas, die ganze sozialdemokratische Fraction verschlingen wollte; und heute ist's ein dummer schwächerer Biest, der einem unter den Fingern wegschlüpft und dem nicht einmal die gewandtesten der Reptilien Salz aus den Schwanz zu streuen vermögen. So schreibt z. B. Hr. Binder von der „Norddeutschen Allgemeinen“, die Absicht des Oberfelder Staatsanwalts, die sozialdemokratische Reichstagsfraction in seinen Proceß zu verwickeln, sei nicht recht verständlich; und gleichzeitig wird aus Oberfeld in auf-fallend emphatischer Weise gemeldet, daß für den Proceß weder ein Termin anberaumt, noch die Zahl der Angeklagten schon bestimmt sei. Das heißt: die blödsinnige Anklageschrift des Oberfelder Staatsanwalts hat im Richtercollegium Bedenken erregt und es wird jetzt erst geprüft, in wie weit die Anklage überhaupt aufrecht zu erhalten ist.

Kurz, durch die neuliche Repliknotiz betreffend die phantastischen Pläne des Oberfelder Staatsanwalts sind die Blide der Öffentlichkeit auf das Treiben dieses Herrn gelenkt, sind einflußreiche Personen gezwungen worden, sich die Frage vorzulegen, ob es im Interesse des herrschenden Systems, das ohnedies in allen Fugen wackelt, rathsam ist, den Kredit der neudeutschen Justiz noch weiter zu untergraben und durch ein schreiendes Attentat gegen Recht und Gesetz das ganze deutsche Reich der Verachtung aller Kulturvölker zu überlefern. Denn das weiß schon jetzt alle Welt, daß in Deutschland ebensowenig wie in Rußland ein Proceß dieser Art denkbar ist, ohne daß die Regierung entweder den Anstoß oder zum Mindesten ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

Genug — es ist offenbar „abgewinkt“ worden, und das Blech des Oberfelder Staatsanwalts soll nun in eine etwas präsentablere Form gehämmert werden. Das schließlich herauskommt, wissen wir nicht, und wir haben auch keine Lust, uns den Kopf anderer Leute wegen zu zerbrechen. Die Thatsache selbst hat aber insofern eine unseugbare Bedeutung, als sie das böse Gewissen unserer Nachbarn verräth, diefen die Ahnung aufzuklämern beginnt, daß auch ihre Kräfte nicht dagegen gefeit sind, zum Drinnen zu gehn bis sie zerbrechen. Eine andere Thatsache ist dem gleichen Motive entsprungen: die „Kaltstellungs-Stöcker's“, dem befohlen worden ist, sich vorläufig von aller Agitation fern zu halten. Herr Stöcker ist bekanntlich der Lehrer und Vertraute des neuesten Kaisers, der ihn bis in die jüngste Zeit gegen alle Angriffe so warm vertheidigte, sich jedoch schließlich belehren lassen mußte, daß der Reineidpöffe ihn, den schon so viel kompromittirten, doch allzu heillos kompromittirte. Da Bismarck der Stöcker nicht mehr grün ist, seit dieser seine Nase in die Waldersee-Verchwörung gegen die „Dynamite Bismarck“ gesteckt hat, so wird die Kaltstellung des Stöcker vielfach als Sieg Bismarcks aufgefaßt, jedoch ganz mit Unrecht. Intenale Waldersee und seine Allie mehr als je sich der Gunst des neuesten Kaisers erfreuen. Eher ist anzunehmen, daß Waldersee selbst zur momentanen Kaltstellung seines Lieblings gerathen hat, der ja bei der ersten passenden Gelegenheit wieder hinter den Kulisfen hervorgeholt werden kann. Graf Waldersee ist trotz seiner Frömmigkeit ein sehr weislicher Mann; was nicht ihm der Mantel, wenn er nicht gerollt ist, und was der Kaiser, wenn er nicht regiert? Sind die Hohenzollern kühn, dann kann auch der Waldersee einpacken und mit denselben Eisenbahngang abdampfen, wie die Dynamite Bismarck“ und andere Parasiten der Monarchie. Er hat also ein lebhaftes Interesse, seinen jungen Herrn und Gehilfen vor Handlungen zu bewahren, die unmittelbare schlimme Folgen nach sich ziehen könnten. Und das hat er begriffen, daß das Rag des Anstößigen und Verlehdenden zum Ueberlaufen voll ist, und daß das Haus der Hohenzollern kein Kapital der Popularität mehr zuwiegen hat.

Und so wurde der Stöcker geopfert. Nehlich geopfert, wie vor 15 Jahren der „alte Wagner“, der in den Oertagen gefordert ist. Freilich, diesem wollen wir nicht die Schande anthun, ihn mit einem Stöcker zu vergleichen. Wagner war in seiner Art ein Genie. Er war es, der das auf den Kauf des Schwertes und das allgemeine Stimmrecht sich stützende „soziale Königthum“ oder „Volkssönigthum“ erfand, und dem brutalen unwissenden aber spaltenlütigen Krausunter Bismarck von Schönhausen die Gedanken lieferte und die geistigen Waffen schmiedete. Er war es, der die napoleonische Idee vom demokratischen Kaiserreich auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts in's Deutsche überlegte, die parlamentarische Sozialdemagogie entdeckte, die revolutionäre Nationalitätenpolitik mit dem legitimitischen Prinzip des Gottesgnadenenthums verknüpfte — mit einem Wort er war der intellektuelle Urheber jenes politischen Wechselbalgs, den der raubritterliche Feudalismus des Mittelalters mit der diebsischen Bourgeois-Korruption der Gegenwart gezeugt hat, und der unter dem Namen „System Bismarck“ bekannt ist, aber mit viel mehr Recht den Namen „System Wagner“ führen würde. Doch nein! Wagner harmonirte nicht mit dem „System Bismarck“, obson er ihm die Ideen geliefert. Die Ausführung war ihm zu stümperhaft. Er war ein abgesetzter Feind der kleinlichen Polizeiwirtschaft und vor Allem der unverantwortlich bornirten Sozialpolitik und Sozialreform, die sein mißrathener Schüler zusammengepöfcht hat.

Wie er zu Fall kam, das ist Vielen unserer Leser wohl noch im Gedächtnis. Den Tanz uns goldene Kalb, der organisch zum System gehörte, machte er in den Schwindseljahren des Willkürregiments lustig mit und dieke ein paar Proclamen auf, die von seinem glücklicheren Mittäter verquält worden waren. Und siehe da, das tralle Sprichwort von den großen und kleinen Spitzhunden bewahrheitete sich wieder. Es erfolgte die famose Komödie des Entrünnungssturms, eingeleitet durch Posters berühmte Gründerrrede. Der See wollte ein Opfer haben. Damit er das richtige besomme, wurde eine königliche Untersuchungskommission niedergesetzt, die alle großen Spitzhunden rein wusch — und während diese schwierige Arbeit vollbracht ward, organisirten die Pächter der nationalen Sittlichkeit eine Hay gegen Wagner, der denn auch von seinem mißrathenen Schüler schände verlassen und den Lyndriqtern überlefert und von ihnen in den rasenden See ge-

worfen wurde. Das Volk jubelte, die öffentliche Meinung feierte einen Triumph, und vergnügt drückten sich die großen Spitzhunden, darunter der mißrathene Schüler, die Ehre war gerettet, mitstamm der Kaffe.

Wagner hat dieses Södelmenschen — das die Ehrlust unter Dieben so arg Lügen strakte — seinem mißrathenen Schüler niemals vergißen; und unter allen Menschen, die letzteren gekannt haben und kennen, hat ihn gewiß keiner so gründlich verachtet, wie Wagner es gethan hat — der ihn am besten kannte.

— Ueber die Art, wie die Untersuchung gegen die sich in Zürich wie überhaupt in der Schweiz anhaltenden russischen Sozialisten und Revolutionäre geführt wird, gelangen immer skandalösere Einzelheiten in die Oeffentlichkeit. So meldete die „Züricher Post“ Anfangs voriger Woche, daß sämtliche in Zürich verhafteten Russen, auch solche, gegen welche keinerlei Indizien eines politischen Vergehens vorliegen (und die trotzdem verhaftet wurden) im Gefängniß photographirt worden sind. „Wir sind der Meinung“, fügte das genannte Blatt seiner Redung hinzu, „daß dieses Photographiren unstatthaft ist und über das Maß dessen hinausgeht, was der Staat unserer Landesinteressen verlangt. Jedermann begreift die schwierige Lage unserer Behörden, doch wünscht Niemand, daß von Männern, deren Verbrechen ihre politischen Verurtheilungen sind, Berbrecherphotographien aufgenommen werden. Solche Photographien sind dem Zufall preisgegeben, sie können veruntrent werden und Unschuldige zum Opfer fremder Polizeiwillkür machen.“

Das stimmt, und deshalb fordert diese, für den angebliehen Zweck der Untersuchung absolut werthlose Maßregel den energischen Protest aller Freunde des Rechts und der Freiheit heraus.

Leider aber scheint es in dieser Hinsicht zur Zeit in der Schweiz nicht so zu stehen wie es sollte. Man hat sich bisher auf einige tadelnde Bemerkungen in der Presse beschränkt, und selbst diese athmen zum Theil einen so fatalistischen Geist der Ergebung in alles, was dem Bundesrath zu thun beliebt, daß es ein Wunder wäre, wenn Herr Droz seinen liebevollsten Gefühlen gegen das Ausland Zwang anthun, oder wenn dieses seine Anforderungen an die Bundespolizei nicht immer höher schrauben würde. Auch wir vernehmen nicht die eigenartige Situation der Schweiz und die Verpfichtungen, welche dieselbe heutzutage den Großmächten gegenüber hat, aber man soll sie auch nicht übertreiben und jedem Handlangerdienst an dieselben einen Freibrief ausstellen. Ob beabsichtigt oder nicht, thatsächlich war die Abnahme der Photographien ein solcher Handlangerdienst, sie ist in ihren vorauschätzlichen Wirkungen geradezu die indirekte Auslieferung an die Henkerpolizei des Zaren.

Mögen daher unsere Freunde in der Schweiz sich tüchtig rühren, die Untersuchung hat einen Charakter angenommen, daß ihr gegenüber objektives Auhalten nicht mehr am Plage ist. Proteste hinterher helfen nichts.

— Zur Frage des Internationalen Arbeiter-Kongresses.

— Einen sonderbaren Beschluß hat der in den Oertagen in Jolimont abgehaltene Kongreß der belgischen Sozialisten gefaßt. Da auf der Tagesordnung desselben auch die Frage der Besichtigung des Internationalen Kongresses in Paris stand, so hatten die Possibilisten einen der Jbrigen, Paulard, von Paris dorthin geschickt, um die Belgier in ihrem Sinne umzustimmen. Ganz ist ihm das freilich nicht gelungen, aber Dank dem Umstande, daß Genosse Ancelet durch die Größungsfeierlichkeiten der vergrößerten Institute des „Boornit“ in Gent zurückgehalten war, und Dank der von Paulard — wir urtheilen nach seinem eigenen Bericht im „Parti Ouvrier“ — gegebenen Entstellungen der wirklichen Sachlage, ist es demselben gelungen, den Kongreß zu einem Beschluß zu bewegen, der die Situation, anstatt sie zu klären, immer mehr verwirrt: nämlich sowohl auf den Kongreß der Possibilisten, als auch auf einen von nichtpossibilistischen Sozialisten Frankreichs einuberufenen Kongreß je einen Delegirten zu entsenden. Der erstere Antrag ward mit 39 Stimmen gegen 33, 18 Enthaltungen, der zweite mit 50 Stimmen gegen 16 bei 21 Enthaltungen beschloffen.

In der Oesternummer des Berliner „Volksblatt“ tritt ein Mitarbeiter desselben — nach der Berliner „Volkstribüne“ Genosse Auer — dafür ein, daß deutschseits der von den Possibilisten einuberufene Kongreß beschickt werde — erstens, um in Paris gegen den Chauvinismus zu demonstrieren, und zweitens in der Annahme, daß, wenn die deutschen Sozialdemokraten durch ihre Anwesenheit bezeugen, daß sie im Interesse der großen, gemeinsamen Sache der Arbeiter zu einer Verständigung gern die Hand reichen, die Possibilisten vernünftigen Vorstellungen (in Bezug auf die Zulassung anderer französischer Sozialisten auf dem Kongreß) um so eher zugänglich sein werden.“

Wir meinen, die Haager Beschlüsse werden bereits ein Beweis, daß die deutschen Sozialdemokraten zu einer Verständigung die Hand bieten, und doch sind die Possibilisten auf sie nicht eingegangen, sondern haben sich durch Winkelzüge um sie herumgedrückt. Dann aber geht der Verfasser von der irrigen Auffassung aus, daß sich in Paris noch werde gut machen lassen, was vorher zu regeln verabkämmt worden. Daran ist schwerlich zu denken. Man kann doch den Sozialisten der Provinz nicht zumuthen, auf die Möglichkeit hin, daß sie in Gnaden zugelassen werden, mit großen Kosten Delegirte nach Paris zu entsenden, während die Possibilisten, die speziell in Paris ihre Stärke haben, den Kongreß mit Delegirten geradezu übersättigen können.

Einen durchaus falschen Standpunkt nimmt auch die Berliner „Volkstribüne“ ein, wenn sie meint, dadurch, daß die Mandatsprüfung den einzelnen Nationalitäten zugewiesen sei, seien die Reibungen zwischen Guesde und Brouse zu einer inneren Angelegenheit der Franzosen geworden, die man ihnen überlassen mußte.“ Erstens handelt es sich nicht um eine Personenfrage, der schwertraute Guesde wird — leider — schwerlich an irgend einem Kongresse theilnehmen können, sondern um eine Frage des Rechts. Und zweitens ist diese keine innere Angelegenheit der Franzosen, sondern eine wichtige Angelegenheit aller Theilnehmer des Kongresses. Alle haben ein Interesse daran, daß der Kongreß eine möglichst vollständige Vertretung der Klassenbewußten Arbeiterschaft aller Länder werde. Alle müssen dafür eintreten, daß Niemand vom Kongreß ferngehalten wird, der begründeten Anspruch auf Zulass hat. Verstehe sich doch jeder Einzelne in die Lage der antipossibilistischen Sozialisten Frankreichs, die, obwohl in ganz Frankreich die Mehrheit, in Paris doch möglicherweise die Minderheit der Delegirten bilden werden und daher genöthigt sein müssen, daß grade ihres besten Wortführers von den Possibilisten das Mandat streitig gemacht wird.

Hält man die Letzteren dessen nicht für fähig? So beantworte man sich doch die Frage, warum sich die Possibilisten so sehr gegen die Haager Vorschläge sträuben. Enthaltend diese irgend etwas Unbilliges? Verstehen sie nicht aus Forderungen, die sich im Grunde ganz von selbst verstehen, die überhaupt die elementarsten Voraussetzungen jedes Kongresses sind? Welcher Kongreß läßt sich seine Souveränität in allen inneren Fragen befreiten? Welcher Kongreß verzichtet auf das Recht, Appellinstanz gegen Beschlüsse einzelner Ausschüsse zu bilden? Wir haben die Haager Konferenz nicht veranlaßt, noch auf ihr mitgestimmt, aber wir haben ihre Beschlüsse begrüßt, weil wir in ihnen ein Mittel sahen, einen würdigen Kongreß der Arbeiter aller Länder zustande zu bringen, einen Kongreß, auf dem kein nur irgend namhafter Bruchtheil der kämpfenden Arbeiterschaft unvertreten bleibe.

Dazu war freilich notwendig, daß alle, welche diese Beschlüsse gefaßt, alle, welche sie gebilligt, mit voller Energie für sie eintreten. Ihre einmüthigen, entschieden ausgesprochenen Willen hätten sich die Possibilisten gefügt, würden sie sich wahrscheinlich noch sagen, jede Nachgiebigkeit legen sie als Schwäche aus und befehlen um so räthsellos auf ihrem Schein. Der den Beschluß von Jolimont näher ansieht, wer den Artikel des „Berliner Volksblatt“ genauer durchliest, der wird finden, daß Beide nichts weniger als ehrenvoll für die Possibilisten lauten, und doch haben diese mit Triumph von ihnen Notiz genommen, aus ihnen Ermuthigung geschöpft, auf ihrem Eigensinn zu beharren, sie dazu benutz, in den mit den Possibilisten Unbekannten den Glauben zu erwecken, als bezeugten sie Vertrauensvoten zu ihrem Gebahren.

Soweit hatten wir geschrieben, als wir die Nummer des Berliner „Vollstblatt“ vom 30. April erhielten, in der, offenbar von gut unterrichteter Seite, dargelegt wird, daß unsere deutschen Genossen an dem im Haag vertretenen Standpunkt festhalten. Wir hatten nichts anderes erwartet. Wie oben dargelegt, handelt es sich in der Kongressfrage um die Anerkennung des Prinzips des gleichen Rechtes für alle. Die deutsche Sozialdemokratie würde ihren Traditionen in's Gesicht schlagen, wenn sie sich auf ein Marktes und Feilschen um diesen Grundgesetz einließen.

Mit Vergnügen ersehen wir aus dem Bericht des „Beuple“, daß auch der Delegierte für Gent in Vollmont diesen Standpunkt vertrat und erklärte: solange die Möglichkeiten auf ihren Annahmen beruhen, werden die Genossen ihren Kongress nicht beschließen. Wir wiederholen, wenn alle Teilnehmer an der Haager Konferenz so handeln, würden die Aussichten auf eine schließliche Einigung nicht verringert, sondern vergrößert.

Der Streik der Tramwayfahrer ist beendet. Unter dem Druck von oben, wo man Angst vor Wiederholung der „Erzgeisse“ hatte, sind die wesentlichen Forderungen der Arbeiter, vor allem die zwölfstündige Arbeitszeit, bewilligt worden. Die Arbeiter werden von der Gesellschaft „in Gnaden“ wieder aufgenommen, ausgenommen diejenigen, die sich durch die Provokation der Polizei zu Ausschreitungen hütten ließen. Es ist klar, daß diese Opfer des Streiks, wenn sich nicht die kämpfende Arbeiterklasse ihrer annimmt, der schlimmsten Noth ausgesetzt sind, und im Hinblick darauf kommen wir der in der oben veröffentlichten Korrespondenz aus Wien ausgesprochenen Bitte gern nach und eröffnen hiermit eine Sammlung zu Gunsten der Gemährten des Wiener Tramwaystreiks.

Von dem Grundlag ausgehend, doppelt gibt, wer schnell gibt, lassen wir indes im Voraus 100 Gulden 8. B. (170 Mark) an die Wiener „Gleichheit“ für die gemährten Tramwayfahrer abgehen. Es ist nur ein kleiner Betrag, aber er wird den Genossen Wiens ein Zeichen sein, daß ein Appell an die Solidarität bei ihren deutschen Brüdern nicht ungehört verfaßt.

Die muthige Haltung der Wiener „Gleichheit“ und speziell Dr. Viktor Adler's während des Tramwaystreiks verdient das höchste Lob. Während die Antisemiten, die doch vermöge ihrer Verbindungen mit dem höchsten Adel! blutwenig zu fürchten haben, die Streitenden schamlos in Stich ließen und die Verhöhnung ihrer Anhänger an einer Erhebung berechtigter Volkseinstimmung in feigster Weise in Abrede stellten, hat Dr. Adler in der „Gleichheit“ in schneidiger Weise die Sache der Streitenden vertreten und keinen Augenblick sich durch die Angriffe der Gegner zum Abweichen bewegen lassen. Sein Zweifel, daß er dabei die große Masse der Wiener Genossen hinter sich hatte, aber das verkleinert sein Verdienst nicht.

Sehr gut wird in der neuesten Nummer der „Gleichheit“ dem antisemitischen „Deutschen Volksblatt“ beigegeben. Dieses Blatt hatte die Dumheit, es für eine „elende Verleumdung“ zu erklären, daß Leute seiner Partei, d. h. Antisemiten, den Tramway-Lutcheren, — nicht etwa den Krawallmachern, nein, den im gerechten Kampf stehenden Tramway-Lutcheren Geld zur Verfügung gestellt haben, und hinzuzufügen, daß Geld komme „von den Juden“. „Die“ Juden reduzierten sich aber gleich darauf auf den „Juden“, nämlich Dr. Adler. „Oder“, heißt es nämlich, „hat vielleicht Dr. Adler die Stirn, zu leugnen, daß er zwei Delegirten der Lutcher von den Brater-Kemien Geldunterstützung in Aussicht gestellt hat?“

Darauf antwortet die „Gleichheit“ vortheilhaft: „Was wird das „Vollstblatt“ sagen, wenn Dr. Adler sagat, die Stirne hat“ zu bekämpfen, daß er das nicht nur in der Brater-Kemien, sondern in allen Kemien gethan. Er hatte sogar die Stirne, das in der „Gleichheit“ gesammelte Geld — leider viel zu wenig im Verhältnis zum Bedarf — auszufolgen. Er „hat die Stirne“ zu erklären, daß er, sobald er von der Lohnbewegung der Tramwaybediensteten erfährt, es wie jeder seiner Parteigenossen für seine Pflicht als Mensch und Sozialdemokrat gehalten hat, sich in jeder Weise ihnen nützlich zu machen. Er „hat die Stirne“ zu erklären, daß er das auch weiter thun wird, ob das dem antisemitischen „Szepe“ angenehm ist oder nicht.“

Und weiter: „Von „Machern“ des Streiks zu reden, ist natürlich ebenso abgemacht; als ob es möglich wäre, einen Streik zu „machen“, wo die Noth den gequälten Menschen auf den Kägeln brennt; als ob das „Vollstblatt“ nicht wüßte, daß vor 14 Tagen ein partieller, verunglückter Streik ausbrach, von dem kein Mensch vorher eine Ahnung hatte.“

Wie der Streik auch verläuft, die Sozialdemokraten dürfen von sich sagen, sie haben ihre verdiente Pflicht und Schuldigkeit redlich gethan. Wenn das Andere ärger, so ist das ihre Angelegenheit.“

Das ist nämlich gesprochen.

In Kappel bei Chemnitz hat am 23. März unter dem Vorsitz von Debel und Geyer eine Landeskongferenz sächsischer Sozialdemokraten stattgefunden, die von gegen 100 Personen besucht war. Sämmtliche 23 Wahlkreise Sachsens waren vertreten. In fünfstündiger Berathung verständigte man sich, wie dem „Berl. Volksblatt“ geschrieben wird, über die Aufstellung folgender Kandidaturen:

- 1. Wahlkreis (Zittau): Keller-Görlitz; 2. Wahlkreis (Löbau): P. Kellert-Dresden; 3. Wahlkreis (Rauen): Kandidatur vorbehalten; 4. Wahlkreis (Dresden r. d. Elbe): Raden-Dresden; 5. Wahlkreis (Altstadt-Dresden): Kandidatur vorbehalten. An Debel's Stelle, der für Leipzig und Hamburg bereits kandidirt, soll ein anderer Kandidat aufgestellt werden; 6. Wahlkreis (Zharandt): Horn-Löbau; 7. Wahlkreis (Reichen): Buchhändler Goldstein-Dresden; 8. Wahlkreis (Wirma): Schriftsteller Wurm-Dresden; 9. Wahlkreis (Freiberg): R. Rieman-Chemnitz; 10. Wahlkreis (Döbeln): Fabrikant R. Grünberg-Hartha; 11. Wahlkreis (Schlag-Burgen): Kandidat vorbehalten, der bisherige Kandidat Kögel-Burgen lehnt ab; 12. Wahlkreis (Stahl-Weipzig): Sebel-Planen-Dresden; 13. Wahlkr. (Weipzig-Vamb): Geyer-Großenhain; 14. Wahlkreis (Borna-Penig): Musikdirektor H. Stolle-Meerane; 15. Wahlkr. (Wittweido-Burgstädt): M. Schypel-Berlin; 16. Wahlkreis (Chemnitz): Kandidatur vorbehalten; der in Aussicht genommene Kandidat Fr. Hoffmann-Chemnitz hatte im letzten Augenblick die Kandidatur abgelehnt; 17. Wahlkreis (Glauchau-Meerane): J. Auer-München; 18. Wahlkr. (Glauchau-Crimmitschau): B. Stolle-Glauchau; 19. Wahlkreis (Stollberg-Schneeberg): J. Seifert-Zwickau; 20. Wahlkreis (Zschopau): Th. Suß-Chemnitz; 21. Wahlkreis (Annaberg): E. Grenz-Chemnitz; 22. Wahlkreis (Reichenbach-Auerbach): Robert Müller-Reichenbach; 23. Wahlkreis (Planen i. S.): A. Raden-Dresden.

Ferner stellte die Konferenz für die im Laufe dieses Sommers stattfindenden Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtage für zehn Wahlkreise Kandidaten auf, während für Dresden und Leipzig die Kandidaten erst später von den dortigen Genossen nominirt werden sollen. Für die Landtagswahlen wurde ein Central-Wahl-Lomite, bestehend aus den Genossen R. Rieman, Th. Suß und Fr. Hoffmann, sämmtliche in Chemnitz, eingesetzt.

Außer den oben aufgezählten Reichstagskandidaturen sind bereits folgende festgesetzt:

- In Preußen:** Berlin II: Max Schippel; Berlin IV: Paul Singer; Berlin V: Kurt Baake; Berlin VI: Wilh. Biedknecht; Breslau West: A. Löh; Breslau Ost: Franz Tugauer; Gdörlitz: J. Auer; Köln: H. Wobersky; Magdeburg: G. v. Bollmar; Witterfeld-Delitzsch: Schmidt-Burgen; Galde-Acherleben: A. Heine-Halberstadt; Burg-Weiden: B. Vießländer-Berlin; Haman-Belnden: Wolf-Mülheim; Wittenberg: G. Meiß-Rhin; Neuhaldensleben-Völkrisch: A. Schuko-Ragdeburg; Schleswig-Holstein I (Apenrade-Fleensburg): W. Ahle-Fleensburg; Schleswig-Holstein III (Schleswig): A. Röske-Riel; Schleswig-Holstein VI (Glücksstadt-Ginshorn): H. Rostenbahr; Schleswig-Holstein VII (Riel-Neumünster): Joh. Wedde-Lübeck.

- Außerpreussische Länder:** München I: A. Birk; München II: G. v. Bollmar; 5. bairische Wahlkreis (Freiburg): A. Ged; 5. bairischer Wahlkreis (Offenbach-Dieburg): Karl Hirsch; 1., 2. und 3.

- mecklenburgische Wahlkreis (Hagenow, Schwerin, Parchim): Th. Schwarz-Lübeck; 1. und 6. mecklenburgischer Wahlkreis (Malchin-Güstrow): H. Peters-Schwerin; 5. mecklenburgische Wahlkreis (Rostock) Kretschmann-Hamburg; Oldenburg I: B. Hug-Bant; Braunschweig: W. Los; Gotha: W. Bod.

Aus anderen Wahlkreisen ist eine besondere Veröffentlichung der Kandidaturen nur deshalb noch nicht erfolgt, weil die Genossen an ihren bisherigen Vertretern, bezw. Kandidaten festhalten.

Man sieht, es regt sich schon thätig im Reich, die Vielkandidaturen, wenn sie auch noch nicht vollständig verschwunden sind, nehmen immer mehr ab, eine ganze Reihe neuer Namen legt den Beweis dafür ab, daß es der Partei an Nachwuchs nicht fehlt. Mögen die bisher Säumigen sich den Forderungen der Partei zum Beispiel nehmen und unverzüglich alle Vorbereitungen treffen, die nöthig sind, daß die Partei vor jeder Ueber-raschung geschützt ist. Kampfbereit — jederzeit, das ist unsere Parole.

Von der Preßnebelaffe ist's ganz still geworden. Die preussische Regierung scheint den Antrag, welchen sie vor fünf oder sechs Wochen im Bundesrath einbrachte, endgültig zurückgezogen zu haben. Nach dem Entschiede der Reichsregalgenkommission in Sachen der „Berl. Volkzeitung“ ist die geplante Preßnebelaffe aus gegenstandslos. Dagegen beschäftigt die preussische Regierung eine Erweiterung des § 4 des Reichsstrafgesetzbuches, welcher von den „im Ausland verübten Vergehen und Verbrechen“ handelt. Nach der jetzigen Fassung können verurtheilte Strafbahnen in Deutschland nicht verfolgt werden, außer in dem Falle von Hoch- oder Landesverrath, Majestätsbeleidigung oder Mordverbrechen. Diesen Ausnahmen sollen nun noch verschiedene andere hinzugefügt werden, die sich auf die politische Thätigkeit Deutscher im Ausland beziehen (Theilnahme an Versammlungen — Kongressen — Agitation, Preßthätigkeit u. i. w.). Der kranke Unter-Bismarck hat mit seinen bisherigen Plänen nicht genug, er will sich neue Niederlagen im Kampf mit den Ideen holen. Sein Wunsch wird ihm erfüllt werden.

Auch diese Preßnovelle gehört zu den Wahlvorbereitungen, und daß die Regierung es damit so eilig hat, kann uns nur in der Annahme bekämpfen, daß die Wahlen für diesen Herbst geplant sind. Leider finden auch in sozialdemokratischen Kreisen die gegentheiligen Behauptungen der Preßnebelaffe hier und da Glauben. Man sagt sich, die Regierung könne einen besseren Reichstag als den jetzigen nicht bekommen und habe deshalb keinen vernünftigen Grund, ihn aufzuschieben. Allein man vergißt, daß der jetzige Reichstag, nachdem er noch das Sozialistengesetz erneuert und diese und jene Geldbewilligung gemacht hat, die etwa noch gefordert werden sollte, der Regierung keine Dienste mehr leisten kann; und daß es der Regierung, so lange der Ansturm der nächsten Wahlen eine unbekannt große ist, an einem festen Rückhalt und an Autorität fehlt. Die Regierung selbst hat demnach, abgesehen von dem Bestreben, die Wahlen zu über-rumpeln, auch ein ganz bestimmtes politisches Interesse, die Wahlen möglichst bald vorzunehmen.

Natürlich kommen so viele Faktoren in Berechnung, daß es schwer ist, zu einem sicheren Resultat zu gelangen. Das Eine aber dürfte feststehen, daß, wenn es der Regierung gelingt, vor Eintreten des Hochsommers das Alters- und Invalidengesetz, sowie das Sozialistengesetz, beziehentlich die Anzeigengesetze unter Dach und Fach zu bringen, dann mit fast mathematischer Gewißheit die Neuwahlen noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten sind. —

Die deutschen Spitzel haben fortgesetzt Vech. Wie wir schon wiederholt andeuteten, erhielten sie voriges Jahr, nachdem der erste Schrei über den Reichsfall der Haupt-Schreiber verlogen war, und als es galt, das neue Sozialistengesetz vorzubereiten, von ihren Brodgebern den Auftrag, „Material“ zu sammeln und — sich nicht erwischt zu lassen. Ersteres war leichter als das Letztere. „Material“ ist immer zu beschaffen, wenn man Geld hat. Was nicht ist, läßt sich machen. Lumpen, die für ein paar Silberlinge polizeilichen Hoch- und Landesverrath und polizeiliche Majestätsbeleidigungen und Attentate verüben, sind hausweise zu haben, und den Herren von der Polizei, die nach Oben und nach Unten — namentlich nach Oben — fast nur mit Lumpen zu thun haben, ist es wahrhaftig nicht schwer, die für die „Beschaffung“ von Material geeigneten Lumpen zu finden. Erforderlichenfalls kann sie selber sie stellen. Also hier liegt die Schwierigkeit nicht. Zu Gegenwehr — die einzige Schwierigkeit ist höchstens ein embarras de richesses — ein unheimlicher Ueberfluß an Lumpen.

Nicht so leicht ist die zweite Bedingung zu erfüllen. Ein preussischer Spitzel und sich nicht erwischt lassen! Ebenso gut kann man von einer Raze verlangen, daß sie das Maul lasse. Es geht gegen die Natur. Und die Natur des preussischen Spitzels ist, sich erwischt zu lassen. Deshalb wird auch keiner der Braven durch das Mißgeschick des Andern abgelaßt. Niemand kann seine Natur verläugnen. Wie lang ist schon die Reihe der bekannten Erwischten, doch todessüchtig hippen immer frische Mannschaften auf den Fein. Desmal hat sich ein Strayburger Polizist — ein Nachfolger des Kaltenbach — Wohlgenuth (dem es aber schwerlich jetzt wohlgenuth ist) erwischt lassen. Und außer ihm sind noch verschiedene Andere in ähnlicher Lage, von denen indeß vorläufig des Singers Höflichkeit schweigt.

Wir wollen bloß bemerken, die nächsten Sozialistengesetzdebatten des Reichstags werden nicht weniger interessant sein, als die vorigen.

Ueber den im Vorstehenden genannten Polizei-Inspektor Wohlgenuth schreibt der „Baseler Arbeiterfreund“:

„Den meisten unsern Lesern wird die letzte Sonntag in Rheinfelden wegen Spitzelei erfolgte Verhaftung des Polizeinspektors Wohlgenuth aus Röhlfhausen i. G., welcher Herrn Schneidermeister Lay in Basel zur Spitzelschule anwerben wollte, durch die Tagesblätter bekannt geworden sein. Wir hätten ihnen das in letzter Nummer schon aus erster Hand mittheilen können, glaubten aber damit der Untersuchung wegen noch zurückhalten zu sollen. Wir kommen in nächster Nummer eingehend auf den Fall zu sprechen. Nur so viel sei einstweilen bemerkt, daß Wohlgenuth, der erst vor 8 Tagen zum Polizeinspektor befördert wurde, einer der Hauptthalkunken auf dem Gebiete der Spitzelei ist und schon lange sein infames Handwerk getrieben hat. Vor einigen Wochen erst hat man ihn in einer Wirtshaus Klein-Basels in sehr verdächtiger Situation mit einem dem Beobachter unbekanntem Manne — anscheinend einem Arbeiter —, den er offenbar zum Spitzeln verleiten wollte, beobachtet.“

Auch wir haben von dieser Zusammenkunft gehört, sowie sonstige, zum Theil recht heitere Dinge von den Fahrten dieses strebsamen Seelen-sängers vernommen. So haben Grenzer in „gesprächiger Stimmung“ recht merkwürdige Entfaltungen gemacht über eine „Entrevue“ in Leopoldshöhe bei Basel, bei welcher Herr Wohlgenuth, damals den Grenzer noch unbekannt, auf Grund seines auffälligen Benehmens als „Hrensdmuggler“ verhaftet wurde, aber auf der Grenzwaide, sobald er zu erkennen gegeben, wem es dem Handwerk er angehöret, natürlich sofort wieder freigegeben wurde. Inwiefern er mit seinem damaligen „Präparanden“ Glück gehabt, bleibt hier dahingestellt. Wenig, er ist diesmal gründlich hineingefallen, und daß er es nicht beim Spitzel-werben bewenden ließ, sondern im Interesse des „Welch's“ Lokspitzel brandete, zeigt die von der „Jülicher Post“ mitgetheilte Stelle aus seinem Brief an Lay, derselbe solle nur „recht thätig weiter-wählen“.

Weiläufig. Von mehreren Freunden in der Schweiz sind wir ersucht worden, ihnen zu Handen der jetzigen Untersuchung eine Serie von Briefen aus älterer und neuester Zeit zu überlassen, die Herr Wohlgenuth und andere Spitzelwerber seit einer Reihe von Jahren an verschiedene Genossen in der Schweiz geschrieben hatten, von denen aber jeweils uns übergeben worden waren. Wir mußten dies ablehnen und zwar aus folgenden Gründen.

Als wir Ende 1887 die Hallunken Schröder, Haupt, Heintich und Konforten entlarvten und den Schweizer Behörden das bezügliche Beweis-Material überließerten, da waren wir es, die der Bundesrath außer Landes trieb, um die durch jene Entfaltungen vor aller Welt gebrauchte deutsche Regierung sich wieder zu verjähnen. Herr Drog, der damals mit beifolgender Felonie sich zum Werkzeuge des Schweizer Kaufmanns Herrn von Bülow, erwidrigte, steht heute an der Spitze des Schweizer Bundesrathes. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auch heute wieder unsere Genossen nachträglich dafür bestraft

würden, wenn sie die Infamie der deutschen Regierung zur Kenntniß der Gerichte bringen wollten. Es sind aber auch noch andere Gründe für uns vorhanden, die die deutsche Polizei kompromittirenden Beweismittel nicht aus unserer Hand zu geben. Bis zur Stunde haben wir trotz wiederholter Aklamationen und entgegen dem feinerzeitigen Versprechen keines jener Belegstücke zurückgelassen, die wir in Sachen Haupt und Schröder zu den eidgenössischen Untersuchungen ein-reichten. Wir wollen aber solche Aklamationen nicht einer Untersuchung anvertrauen, die voraussichtlich in die Hände eines Dr. Tranchler ge-legt würde, der mit dem berufsmäßigen Denunzianten und Verleumder Rittenhofer in notorischer Beziehung steht. Und die Beziehungen dieses heruntergekommenen Majors zu deutschen Staatsanwälten und deutschen Revillibärern sind ja aller Welt bekannt. Zu allem Ueber-fluß hegen wir aber noch die persönliche Meinung, daß der schweizerische Bundesrath — der Schöpfer der Bundespolizei — gar nicht die Ab-sicht hat, der deutschen Polizei wehe zu thun oder der deutschen Polizei-spielei in der Schweiz ein Ende zu machen!

Nachdem uns die Neuherungen der deutschen Preßnebelaffe wie „Straß-burger Post“ u. a. zu Gesicht gekommen, die natürlich alle krasseste Verleumdung machen, den Herrn Polizeikommissar zum „Privatmann“ zu stempeln und die Sache als einen von den Sozialisten arrangirten Spitzelstreich darzustellen, sehen wir uns doch zu folgenden Mittheilungen veranlaßt:

Genosse Lay hat vom ersten Tag an, da Herr Wohlgenuth sich an ihn wandte, bewährte Genossen davon in Kenntniß gesetzt, kann also keinen Augenblick dem Verdachte unterliegen, mit dem deutschen Polizeikommissar gemeinsame Sache gemacht zu haben. Er hatte vielmehr, im Hinblick an die Unabhängigkeit der schweizerischen Beamten, mit uns das Bestreben, an einem dröhnigen Beispiel wieder einmal das fortgesetzte Lokspitzelwerben der deutschen Polizei zur Kenntniß der Schweizer Behörden zu bringen. Bereits im Jahre 1885 hatte sich derselbe Herr Wohlgenuth von Freiburg aus an Lay gewandt und damals hatte Lay uns sofort den Brief übergeben, den Herr Wohlgenuth mit anderer Handschrift und unter anderem Namen hatte abgeben lassen. Lay hatte im Jahre 1885 den Brief mit einer scharfen Ablehnung beantwortet. Auch an einen zweiten Genossen in Basel hatte Wohlgenuth im Jahre 1885 sich persönlich und brieflich, und zwar vom Fisch aus, gewandt, aber auch dieser hatte uns sofort davon in Kenntniß gesetzt.

Seine Mißerfolge in Basel schredten den edlen Spitzelwerber nicht ab. Er wandte sich jetzt nach Zürich, an einen Schuhmacher H. in Kufersfeld, beauftragte dessen Frau, sich Geldscheine zurück, zeigte verschiedene 100-Markscheine, stellte der armen Frau mit ihren zahl-reichen Kindern eine glänzende Gräfenzin in Aussicht und proponirte schon damals auf Pfingstmontag eine Zusammenkunft in Rheinfelden. Nach dieser Umworbene hatte uns sofort je nach Eingang die Briefe übergeben. Kurz vorher hatte Wohlgenuth sich mit gleichem Erfolge an einen Genossen in Höttingen, ebenfalls Schuhmacher, gewandt. Und merkwürdiger Weise stimmten diese Handschriften mit der Hand-schrift des „anarchistischen“ Drobbriefes an Schuh-macher Saladin in Basel auffallend überein.

Alle diese Briefe sind in unserem Besitze und sind wir zu deren Herausgabe bereit, aber nur wenn wir über ihre richtige Verwendung Garantien haben.

Noch längerer Pause tauchte in Nachrichten von Basel Genossen Herr Wohlgenuth wieder in einem Briefe vom 17. Februar 1889 aus F. L. Romann, postlagernd Brunnschad, Kreis Mülhausen, auf. Dieser Brief, mit abermals anderer Handschrift, enthält die, den „Privatmann“ charakterisirende Phrase: „Strengste Schonung Ihrer Person sichere ich Ihnen im Voraus zu“ und erlaubt die Frage: Welche Macht hat der „Privatmann“ und welchen Anlaß der Polizeibeamte, Schonung der Person zu garantiren, wenn nicht Lokspitzelei getrieben werden sollte? Wohlgenuth schlug in dem Briefe ein Reuebepens nach Leopoldshöhe vor, das denn auch, wie oben schon erwähnt, am 10. März ds. Js. stattfand und zu welchem Wohlgenuth das gleiche Erkennungszeichen wie bei allen früheren Gelegenheiten im Jahre 1885 wählte. Bei dieser Zusammenkunft forderte der Polizei-kommissar Wohlgenuth seinen Umworbenen offen auf, „Vorträge zu halten, es könne ihm (für die Vorträge in der Schweiz!) nichts passieren, er stehe unter seinem Schutz!“ Und der „Privatmann“, der solchen Schutz gewähren kann, begleitet seinen Mann nach Basel, spendirt ihm Gold, bewirthe ihn — so unvorzüglich! — in dem Restaurant zur „Johanniterbrücke“, packt ihm noch „für die lieben Kinder“ Schinken ein — alles aus der Privat-Tasche, beleihe nicht aus der deutschen Spitzelkassette. Endlich am 16. März bekannte sich der „Privatmann“ Romann in eigener Handschrift schwarz auf weiß als der Polizeikommissar „A. Wohlgenuth, 311a d. Str. 45, Mülhausen.“

Zu gleicher Zeit, da Wohlgenuth diese Korrespondenz und Zusam-menkunft pflog, hatte der spitzelberrigste Mülhauser Polizeikommissar sich wiederum an den Genossen Lay in Basel gewandt, der ihm denn endlich den verdienten Reichsfall in Rheinfelden bereitete, nicht ohne daß der „Privatmann“ vorher Instruktionen, festes Engagement und Besoldung in üblicher Höhe gesendet.

Man schreibt uns:

Die Ungewißheit, in welcher wir betrefis des internationalen Arbeiterkongresses sind, hängt an in deutschen Arbeiterkreisen eine sichliche Ungeduld zu erzeugen. Der Wunsch, daß die deutschen Arbeiter den französischen Brüdern einen Friedensgruß über-bringen, ist allgemein, und groß würde die Enttäuschung sein, sollte nicht noch in letzter Stunde das Zustandekommen des internationalen Arbeiterkongresses in Paris ermöglicht werden.

Aus einem „Geheimbunds“-prozeß. In Frankenthal in der Pfalz spielte sich am 2. April einer jener „Geheimbunds“-prozesse ab, ohne die das neue großmächtige Deutsche Reich bestän-dig keinen Tag existiren könnte. Die Bestandtheile des Prozeßes waren die allbekanntesten Gänge Arbeiter, welche den „Sozialdemokrat“ verbreitet haben sollten, einige gedächtnißschwache Zeugen, die allerhand gehört haben, allerhand erzählt haben, aber, da es zum Eid kommt, sich auf nichts „besinnen“ können, das heißt nichts wissen. Denn einige auf die Staatsrettung erprobte Polizeierlen und — last but not least — der oblige Angeber — entweder von Hause aus ein „Pflicht-erretter“ oder ein reuig zur „Pflicht“ Zurückgekehrter.

In diesem Falle war's Einer von der letzteren Kategorie. Der Mensch heißt Schump und ist seines Zeichens ein — ehemaliger Hausknecht. Selbst der Gerichtspräsident sah sich veranlaßt, schon bei Eröffnung der Verhandlung ihm ein Sündenregister vorzuhalten, das in der Frage gipfelte: „Sie verkauften ihre Freunde für einen Schupp!“ Doch haben wir, wie der Verteidiger Reichs-anwalt Murle in seinem Plädoyer die Rolle des Schump kennzeichnet:

„Meine Herren! Ein Schump war früher Diener des Wahlvereins in Neustadt, als solcher leistete er die monatlichen Beiträge ein, ein Schump hat die „Fälzer freie Presse“, deren Verleger Beuerle war, in Neustadt zu den Abonnenten getragen und ebenfalls das Abonnement-geld einliefert; nachdem dieser Schump circa 45 Mark von diesen Geldern unterschlagen, bezw. vertrunken hatte, geht dieser Schump zu Herrn Kommerzienrath Rudel in Neustadt und erbietet sich, wenn Herr Rudel ihm (Schump) 25 Mark gebe, sei bereit, Waerle und Genossen der Staatsanwaltschaft zu denun-ziren wegen sozialistischer Umtriebe. Dieser Herr Rudel sichert diesem Schump in die verlangten 25 Mark zu unter der Bedingung, daß er auf das Bezirksamt gehe und die Sache anzeige, er solle dann den anderen Tag kommen, das Geld holen. Witterwelle erkundigt sich Herr Rudel, ob dieser Schump auch wirklich denunziert habe, und richtig, Schump hat seine Schandthat gethan. Anderen Tags ver-fügt sich dieser Schump wieder in die Wohnung dieses Herrn Kommer-zienraths Rudel und empfängt dort den

Judolsohn von 25 Mark!

Meine Herren! Eben dieser Schump verlangte früher von Beuerle Geld für eine rothe Fahne, um diese an Kaisers Geburts-tag auf Rudel's Villa zu stecken und die Stange dieser Fahne mit Woll zu beschmieren!“

Schump mußte auf alle diese Vorhalte nichts zu erwidern als: er habe nur gethan, was ihm der Angeklagte Beuerle, sein früherer Prinzipal, geheissen. Diese jammervolle Ausruf veranlaßte der Gericht's-

*) Hat abgelehnt, sein Ablehnungsschreiben traf verspätet ein.

präsident, der ein weiser Rabe unter seinen Kollegen zu sein scheint mit der ruhigen Frage: „Hat Ihnen auch Venerle gesagt, Sie sollen zu Herrn Knödel gehen und 25 Mark holen?“ — auf die ein Kleinfant kein Erfolg.

Ein Erlaump, dieser Schump, urtheilt der Leser. Gewiß, ein durch und durch verkommenes Individuum. Aber da ist noch dieser stromergerath Knödel, der den Erlaump für Geld dingt, politische Gegner zu demüthigen, ist er um einen Deut weniger schlecht als jener? Sicherlich nicht. Und darum gehört neben dem, nach dem eigenen Gehändnis der Polizei, „arbeitslosen und verlassenen“ Schump der reiche Kommerzienrath Knödel

an den Pranger!
Als Dritter im Bunde verdient der Schneider Peter Strieffler in Neustadt zu figurieren. Dieser Staatszeuge muß auf Verlangen Folgendes aussagen: Die Frau des Jengen hatte wegen Verleitung der Frau des Angeklagten Moser von dem Schöffengericht Neustadt drei Tage Gefängnis erhalten. Jenge appellirte an die Strafkammer des königl. Landgerichts in Frankfurt, wurde jedoch abgewiesen. Neid darauf an abschölicher Stelle ein Gnadengeuch ein, dasselbe wurde ebenfalls abschlägig beschieden. Daraufhin hat Jenge den Moser der Staatsanwaltschaft angezeigt. Als diele nicht zog, reichte er ansonst eine zweite Denunziation ein, deren Verfasserchaft er später gezwungenermaßen zugab.

Mit anderen Worten, niedrigste Nachsucht war das Motiv, das diesen Burken bei seinen Auslagen leitete. Des einmal festgesetzt, magte natürlich das ganze Gewebe der Klage täglich zusammenbrechen; es blieben einige ungewöhnliche Verhöre gegen das Schöffengericht übrig, die dem Hauptangeklagten Venerle nachgeschickten werden konnten und wofür der Gerichtshof 14 Tage Gefängnis für ausreichend hielt. Schump erhebt auf Grund seiner eigenen Auslagen acht Tage Gefängnis, die anderen Angeklagten wurden freigesprochen, der bereits erwähnte Moser unter der Motivierung, daß die Klage gegen ihn in der Hauptsache auf der Aussage ungläubwürdiger Jengen (Strieffler) beruhte.

Stellen wir zum Schluß dem Bild, welches die „Jungen des Staates“ darbieten, das eines der angeklagten Umkämpfer gegenüber. Von Moser sagte sein Chef, der Reichsadvokat Niederhöfer, ebendam in Neustadt, ist in Obenleben:

„Moser ist seit 1883 in meinem Geschäft. Derselbe ist ein fleißiger, treuer, zuverlässiger und einer meiner besten Arbeiter. Ich weiß, daß Moser sich für sozialdemokratische Partei bekennt, aber daß er „gefährlich“ ist, davon konnte ich mich bis heute noch nicht überzeugen, denn als ich seinerzeit mein Geschäft von Neustadt nach Obenleben verlegte, war Moser einer der Ersten, den ich zur Mitarbeiterstellung annahm.“

Dies Zeugnis aus unerbittlichen Munde für den Umkämpfer, und ihm gegenüber das schon erwähnte Zeugnis der Polizei über den eigenen Jengen Schump — kann man die unter dem Schandgeschehen herrschenden Anstände vernünftiger brandmarken als es dieser Gegenstand ist? Und kann ein solches Verdamnungsurtheil über ein Regierungssystem ausgesprochen werden, als wenn man sagt, es könne ohne ein solches Ausnahmegesetz nicht bestehen?

— Ueber das Wesen der deutschen Arbeiterbewegung sind unter den ausländischen Sozialisten noch recht viel irrige Auffassungen verbreitet. Eine ganze Reihe von Leuten sehen nur die politische Seite derselben, die Wahl- und parlamentarische Aktion der deutschen Sozialdemokratie, und da die letztere ganz naturgemäß viel weniger auffallend ist als die erstere, so sind sie häufig bei der Hand, die Partei vorzuwerfen, daß sie im Verhältnis ihrer Stärke nicht genug thue. Fragt man sie, worin die Leistungen der Partei bestehen, so erhält man Antworten, aus denen hervorgeht, daß die guten keine Abnahme von den Schwierigkeiten haben, mit denen die Genossen in Deutschland zu kämpfen haben, daß sie meinen, eine Partei, die 700,000 Stimmen bei den Wahlen aufbringe, könne die Verhältnisse ganz nach Belieben lenken, tagelange von heut auf morgen Revolution machen. Daß den 700,000 sozialistischen Stimmen noch über 4 Millionen nicht-sozialistischer gegenüberstehen, sehen sie nicht, die Bedeutung der Thatsache, daß trotz einer erbitterten Uebermacht unsere Feinde gegen unsere Partei ohnmächtig sind, daß trotz einer Regierungsmacht, wie sie kein zweiter Gewalthaber in Europa genießt, Bismarck das Rad der Entwicklung nicht um eine Stunde zurückzudenken vermag, lassen sie nicht, sonst würden sie unserer Partei keinen Vorwurf daraus machen, daß sie dieses Rad nicht in schnellere Bewegung bringt, als es die Verhältnisse erlauben.

Dies die eine Seite. Noch größer aber ist die Unkenntnis und daher Unterschätzung dessen, was die deutsche Arbeiterbewegung in wirtschaftlich-sozialer Beziehung, auf dem Gebiete des eigentlichen Klassenkampfes und der sachlichen Organisation leistet. Ist es den deutschen Arbeitern auch, angesichts der brutalen Handhabung des Schandgesetzes und der deutschen Vereins- und Versammlungsgeetze überhaupt, die nämlich an sich schon Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse sind, unmöglich, zentralisierte Widerstandsverbände von dem Umfang der englischen Trades-Unions zu bilden, so haben sie doch Schöpfungen aufzuweisen, die, wenn man alle Umstände in Betracht zieht, wahrhaft bedeutend zu nennen sind.

Was aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor Allen auszeichnet, das ist die Klarheit und Zielbewußtheit derselben. Nirgends wird über den Aufgaben des Tages das endliche Ziel der Arbeiterbewegung vergessen. Das zeigt sich u. A. auch an den Gewerkschaftskongressen, die inselnd immer größeren Umfang annehmen. Wir haben von einigen derselben früher bereits berichtet, heute wollen wir des Kongresses der deutschen Tabakarbeiter gedenken, der gegenwärtig in Erfurt tagt und von 137 Delegirten besucht ist, die 448 Orte und 71,000 Arbeiter vertreten. Das sind Zahlen, die jedem Einzelnen imponiren müssen; was aber noch mehr imponirt, das ist der Geist, der auf diesen Kongressen zu Tage tritt, und der sich ebenso sehr von deslamatorischer Revolutionsdramatik entfernt, wie von dem engbrüstigen Opportunismus der großen Mehrzahl der englischen Gewerkschaftler. Die deutsche Arbeiterbewegung ist in allen ihren Gliedern vom Geist des Sozialismus durchdrungen, das ist eine Thatsache, gegen die kein Bismarck, kein Wilhelm, kein Pfaff und kein Bourgeois etwas vermag.

Wir legen das nicht in selbstgefälliger Ueberbedingung, nicht um in pharisäerhaftem Hochmuth auf andere hinabzusehen zu können. Wir sind uns viel zu sehr dessen bewußt, wozu großes Stück Arbeit noch vor uns liegt, um die Bedeutung des Erreichten übertreiben zu wollen. Aber wir halten es andererseits für unser gutes Recht, der gekünstelten Verkleinerung der deutschen Arbeiterbewegung, wo wir auf sie stoßen, entgegenzutreten und für sie diejenige Achtung und Berücksichtigung zu reklamiren, welche ihr ihrer Bedeutung und ihrer Leistungen nach gebührt.

— Die Thatsache, daß die französischen Marxisten in Folge des Austritts ihrer Vertreter aus der Redaktion der „Gallie“ momentan in Paris mundtot sind, wird von den Sozialisten und deren Agenten dazu benutzt, die Ersteren als eine ganz unbedeutende Gruppe von Sektirern und Intriganten hinzustellen, die gar keinen Einfluß auf französische Arbeiter haben. Diese Lebensart wird bereits durch die einfache Thatsache der Kongresse von Troyes und Bordeaux widerlegt, sowie ferner durch den Umstand, daß kein Einzelner der in der Provinz erscheinenden sozialistischen Arbeiterblätter possibillist, eine ganze Anzahl derselben aber, wenn dieser Ausdruck einmal gelten soll, marxistisch sind. So der in Lille erscheinende „Cri du Travailleur“, so der in Calais erscheinende „Reveil du Travail“, so die „Union Socialiste“ zu Marseille. Seit Ostern ist zu ihnen noch „Le Socialiste“, Organ der Arbeiterpartei in Mittelfrankreich, hinzugekommen, der in Comenry (Departement Allier) erscheint. In jenem Departement haben unsere Genossen in verschiedenen Gemeindevorstellungen ihre Leute sitzen, in Comenry war es ihnen sogar gelungen, die Wahl eines ausgesprochenen Sozialisten zum Maire durchzuführen. Fanatisch

von der Bourgeoisie gehetzt, ist derselbe gegenwärtig — provisorisch — unter einem nützigen Vorwand seines Amtes entbunden.

Ueberhaupt macht sich in der Provinz der Klassenkampf viel entschiedener bemerkbar als in Paris, wo er in regelmäßigen Zeitläuften gegen die Tagespolitik zurüchtritt. So sind in Comenry und Montluçon jüngst die Vertreter der verschiedenen Arbeiter-Zunftschaften wegen formeller Verhöre gegen das Verbandsgesetz verurtheilt worden, während ganz dasselbe „Vergehen“ in Paris unbedenklich und unerfolgt bleibt.

— Von hinten her. Unter dem sonderbaren Titel „Nationalistischer Klub“ sind in Boston und New-York Vereine entstanden, welche die staatliche Organisation, bezw. Kontrolle von Landwirtschaft und Industrie auf ihre Fahne geschrieben haben. Folgendes ist z. B. die Prinzipien-Erklärung des New-Yorker Nationalistischen Klubs:

„Solange die Konkurrenz der herrschende Faktor in unserem industriellen System ist, kann die höchste Entwicklung der Individuen, können die höchsten Bestrebungen der Menschheit nicht verwirklicht werden. Wer die Wohlthat der Menschen zu fördern sucht, muß versuchen, das System zu unterbrechen, welches auf das bestialische Prinzip der Konkurrenz gegründet ist, und an seiner Stelle eine andere Grundlage auf dem höheren Prinzip der Assoziation errichten. Indem wir dieses zu erlangen suchen, beschließen wir nicht plötzliche und unbedachte Änderungen; führen wir nicht Krieg gegen einzelne Personen; tadeln wir nicht diejenigen, welche enorme Reichthümer nur deshalb angeammelt haben, weil sie ein falsches Prinzip bis zum logischen Ende geführt haben.“

Die Kombinationen, Trusts und Syndikate, über welche sich das Volk jetzt beklagt, beweisen die Durchführbarkeit unseres grundlegenden Prinzips der Assoziation. Wir suchen lediglich dieses Prinzip anzuwenden und wollen alle Industrien im Interesse aller durch die Nation — das organisierte Volk — die organisierte Einheit des ganzen Volkes betreiben lassen.

Das gegenwärtige industrielle System bewirkt selbst seine Schädlichkeit durch die Schäden, die es erzeugt; es erschöpft sich als abtard durch die immense Verwüstung von Energie und Material, welche ungestandener Maschinen keine Beseitigung bildet. Gegen dieses System erheben wir unsere Proteste und verpflichten uns, mit allen Kräften für die Abschaffung der Sklaverei zu wirken, welche es geschaffen hat und verewigen will.“

Somit das Programm. Was da als „Nationalismus“ auftritt, schreibt das „Pöhl. Tagesblatt“, heißt in Europa Sozialismus. Indessen können wir in dem neuen Namen für eine alte Sache keine Verbesserung finden. Neben steht das Wort „Nationalismus“ für einen ganz andern Begriff als den, der ihm hier untergelegt wird. Es würden also gerade so viele Erklärungen über die Bedeutung des Wortes nötig sein, als die Richtung jetzt nötig hat, welche sich das Wort „Anarchie“ als Bezeichnung wählte, das nach hergebrachtermaßen eine ganz andere Bedeutung hat, als ihm neulich gegeben wurde. Wenn jedoch die Anglo-Amerikaner auf der neuen Bezeichnung bestehen, und den Sozialismus unter diesem Namen in ihrem Volk einbürgern wollen — mögen sie es thun. Es kommt schließlich nicht auf den Namen an.“

Das ist richtig, viel wird aber bei diesen Klubs überhaupt nicht herauskommen. Die vorstehende Wahl des Titels zeigt, daß die guten Leute des Sozialismus ohne den Klassenkampf wollen, einen unauflösbaren Sozialismus, den man den Philistern mundgerecht machen kann. Das ist eine Utopie. Nach Lage der Dinge in Amerika eine harmlose, aber darum doch eine Utopie.

Korrespondenzen.

Vasel-Vorort. Noch einmal hatten wir es für notwendig, die Spalten dieses Blattes in Anspruch zu nehmen, um den Genossen die niederträchtige Handlungsweise des Vorort-Betriebsamtmanns vor Augen zu führen.

Die Leser werden sich noch des lächerlichen Versammlungsverbot erinnern, das wir in einer der früheren Nummern dieses Blattes brandmarkten. Am 25. März nun beriefen die Mitglieder der Arbeiter-Wahlvereins ebenfalls eine Versammlung ein befaßt Statutenänderung. Aber wieder war der Ordnungsbefehl mit dem Verbote gleich bei der Hand. Diesmal nicht wohl der Reizent — statemalen ein solcher überhaupt nicht bestellt war, — sondern weil der Einberufer der Partei angehört, und, was das Schlimme ist, weil in der ersten Versammlung in Nischen zur Gewalt aufgefordert worden sei.

Eine frechere Lage kann man sich nicht denken. Doch halt: etwas ist wirklich daran. Der Vorkämpfer jener Versammlung, ein wohlbetannter schweizerischer Genosse, hatte die Aufforderung erlassen, wenn etwa ein Polizeispion anwesend sei, so möge er sich entfernen, andernfalls er den fliegenden Treppenschritt zu gewärtigen habe. Aber selbstverständlich verließ alles ruhig, trotzdem zwei solche Subjekte anwesend waren, und so muß der biedere Betriebsamtmann schon die Warnung als Gewaltthat ansehen. Als dann Abends die Anwesenden die Grenze passirten, wurden sie von den Grenzschuttern angehalten, mit dem Bemerkten, es seien in der Versammlung Zeitungen vertheilt worden und sie sollten diese abgeben. Wirklich war in der Versammlung zum Abonnement auf die in Alarberg erscheinende „Arbeiterchronik“ aufgefordert und eine Anzahl von Exemplaren derselben vertheilt worden, und obwohl die „Arbeiterchronik“ durchaus gesetzlich ist, nahmen die beschriebenen Grenzer als Exempel, die sie fanden, an sich. Da in der Versammlung auch zwei ehemalige Genossen anwesend gewesen waren, so ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß einer derselben den Spion gemacht. Wir werden der Sache noch auf den Grund kommen.

Nun zur Sache zurück.
Die Eingangs erwähnte dritte Versammlung war auf den siebenten April anberaumt. Gegenstand der Tagesordnung war: Besprechung des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes. Schon glaubten wir, nachdem zwei Tage seit ihrer Ankündigung vergangen, daß sie uns diesmal gestraft werden würde, aber wir wurden eines Besseren belehrt. Drei Stunden vor Beginn derselben erschien ein Heckerhändler des genialen Betriebsamtmanns mit dem Verbot, unsere Genossen ersehen daraus, wie schmerzhaft wir zu kämpfen haben. Beschwerde über diese Niederträchtigkeit ist eingereicht. Wir sind gespannt, was dabei herauskommen wird. Aber so viel ist sicher, daß das Versammlungsverbot ein kräftiges Agitationsmittel ist. Der Betriebsamtmann arbeitet trotz alledem uns in die Hände, was seine Schändlichkeit uns schadet, nützt uns in doppeltem Maße keine Dummheit. Wenn die Zeit der Wahl gekommen sein wird, da werden wir kräftig in die Aktion treten und auf das Sozialistengesetz, sowie auf den Betriebsamtmann und seine Helfershelfer pfeifen.

Hannover. Wir haben einen herben Verlust zu beklagen. Am 7. April ist und einer unserer treuesten und thätigsten Genossen, der Schlosser

Heinrich Barnoth

durch den Tod entrissen worden. Trotz langjähriger Krankheit und Währungsungen hat Barnoth übermäßig gewirkt, stets vorantreibend, wenn es galt, für unsere gerechte Sache einzutreten. Doppelt trifft der Schlag die Sache der Arbeiter, da Barnoth auch in gewerkschaftlicher Beziehung ansehnlich thätig war, solange er sich überhaupt noch aufrehalten konnte. 400 Leidtragende folgten ihm zur letzten Ruhestätte, ein Beweis, wozu hoher Achtung der Arbeiter sich erriente, denn, da er an einem Wochentage beerdigt wurde, muß die Zahl der Teilnehmer zehnmal höher angeschlagen werden.

In Ehren werden wir seiner stets gedenken.
Ueber die bei der Beeridigung ergriffenen Polizeimaßregeln im nächsten Brief.

Die Genossen des 8. hannov. Wahlkreises.

Briefkasten

Der Expedition: = Schneiderwerkstätte Juch.: Nr. 2. 25 Ab. 2. Qu. erh. — Jellig: Nr. 3. — Ab. 2. Qu. erh. — Allg. Arbeiterverein Lanjane: Nr. 25. 60 Ab. 1. Qu. u. Schf. erh. — B. Wöhl. B. Wöhl.: Nr. 1. — Hdb. erh. — F. Hng. W. Hng.: Nr. 16. 50 Ab. 1. Qu. u. Nr. 29. 50 f. Schulm. Gewerf. erhalten. =

Roher Geldad: Nr. 53. 95 Ab. an R. F. J. a. Cto. Ab. x. Nr. 24/4 gutgebr. — Louise: Nr. 3. — Ab. 2. Qu. erh. Nota folgt. Wie stehts dem nun endlich mit Juchows? Wo hin ging d. Betreffende? Unter diesen Umständen müssen die Genossen daselbst mindestens Brief erhalten. — Raab u. Kraft: Nr. 25. — a. Cto. Ab. x. erh. u. Nr. 19. 20 pr. Ggr. gutgebr. Pflg. folgt. — Walthar: Nr. geord. Bestellung x. folgt. Angeregtes stets von uns gepredigt. — Rubicon: Raab. v. 4. am 25/4 unverfehrt angelangt. Verzögerung unbegründet. Nr. x. vorgemerkt. Hf. mit Raab. auf Pf. v. 26. Weiteres. — Pharaos: Nr. v. 24/4 notirt u. Adrb. Pflg. geord. Weiteres befohrt. Bitten Derartiges stets auf separates Blatt zu schreiben. — Berlin: Unbegreiflich, da Hochabend Eingang längst meldete. Hf. am 26/4 überh. — Juch.: Nr. v. 21. mit Postimpel v. 23. am 24/4 erh. u. Hf. sofort weiterbefoht. Pflg. x. vorgemerkt. Hf. Weiteres. — Schneide: Raab u. Hf. v. 23/4 hier. Nr. x. vorgemerkt. Querholz ist trotz vöthlicher Weitergabe Ihrer Verschiffung pr. Jp. verschuldet worden. Küstler befoht. Gruß! — Wöhl.: Wöhl. u. Hf. notirt. Auszug folgt. — Wöhl.: Hf. v. 24. am 26/4 beantragt. Hf. am 29/4 u. 1/5 mehr. — Kommand D.: Nr. 11. Vorlage v. 27/4 eingereicht. Hf. sobald Raabrat fertig. Hf. dahin fische in Nr. 61 u. 52 1888 u. Nr. 3, 4, 5 und 6 1889. Hf. Weiteres. — Schippe: Nr. v. 25/4 erh. u. Notizstücker befoht. — Herbert: Hf. sollten mit d. H. fort. Im Uebrigen müssen wir erst genau wissen, wie's mit Abwicklung d. den Allen steht. — Wöhl.: Nr. 100. — a. Cto. Ab. 1. Qu. x. erh. War Dependentenlage ernstlich weiterzugehen? Dann sofort Antwort. Raab. v. 26/4 Hdb. erh. Nachg. folgt. — E. J.: Nachricht erhalten. — Kaffe: Notizen Adressen und gewärtigen Postirtes. Weiteres stündlich in Aussicht. — Arabi Wöhl.: Hf. Nr. geordnet. Hf. wird doch besser durch Sie befoht. — Clara: Nr. u. Pflg. notirt. Wo bleibt längst vertheilte Kasse? — Hg. Josef: B. wird befoht. Erwarteter Vortheil pr. R. im Prozeßfall ist eine große Illusion. — Berlin: Ab. v. 26/4 hier u. notirt. — Dante: Nr. 100. — a. Cto. Ab. x. erh. — Duell: Nr. 6. — Ab. 2. Qu. erh. u. Nr. geord. Neel. folgt. Weiteres befoht. — Raab.: Nr. 18. — f. Hdb. erh. u. Nr. 2. — a. Cto. gutgebr. Pflg. folgt. Weiteres nach Wöhl. — D. H. C. H. Paris: Nr. 25. — Ab. 1. Qu. erh. Nr. v. geord. — Duell: Nr. 310. — a. Cto. Ab. x. erh. u. Nr. 38. — u. Gegrund. gutgebr. Hf. folgt. Nr. 2. geord. Selbstverständlich nehmen wir Briefmarken. Nichts wird lüch angelangt sein. — Wöhl.: Nr. geordnet. Schließen Sie uns sofort den Betreffenden genauer. — D. H. C. Kopha: Wer hat Ihnen denn diese Angabe gemacht? Nichtallzufrüher Antwort unerlässlich. — G. R. Odensee: 1. Nr. 40 Der. f. Schf. erh. Raab. betr. Dröck. keine. Weiteres Hf. Aufenthalt des Demagogen Hngorramander G. Harbt (1888 in Bremen, Schw. Hf. Seite 11) zur Zeit unbekannt. Hf. befoht. — B. Hng. Edu.: Nr. 2. — Ab. 2. Qu. erh. — Sprengel: Nr. 20. 30 Ab. 1. Qu. u. Schf. erh. Pflg. u. Alles Weiteres folgt. — Wehrer Jakob: Nr. notirt. Nota u. Pflg. folgt. — Winterthur G.: Mit Mitgliedschaftsbeleg u. Unterschrift d. Vertretersmannes verfehle Bedingungen haben die Abfender nicht für zu verantworten. In Hf. Nr. 17 von uns Gefagtes konnte auch Ihrer Gerechtigkeitstheorie genügen. Ihre weitere Selbstbeförderung i. d. „Wöhl.“ kann uns laß lassen. — Dut. London: Sch. 3. 00 f. Schrift. erh.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

1. Gesellschaftliches und Personal-Eigenthum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms. — 25 — 20
2. Karl Marx vor den Ältern der Genossen. Proß gegen den Ausschluß der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand. (H. Heber, 1849.) Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Fr. Engels. — 25 — 20
3. Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Diehgen. — 15 — 15
4. Enthüllungen über den Kommunisten-Proß in Köln. Von Karl Marx. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. — 60 — 45
5. Unsere Ziele. Von A. Bebel. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“. — 35 — 30
6. Die schlesische Militär. Von Wilhelm Wolff. Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ März bis April 1849. Mit Einleitung von Fr. Engels. — 40 — 35
7. Sozialistische Vorträge von Joseph Diehgen. 1) Nationalökonomisches. 2) Die bürgerliche Gesellschaft. — 25 — 20
8. Der tolle Schulz gegen den lebenden Kasko. Aus dem Berliner „Sozialdemokrat“ 1868. — 50 — 40
9. Der wirtschaftliche Materialismus nach den Aufzeichnungen von Karl Marx. Von B. Sajarau. — 30 — 25
10. Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Gesellschaftsperiode mit der Idee des Arbeiterstaates. Von F. Lassalle. — 20 — 15
11. Wilhelm Meiling. Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhange dargestellt von Emil Kaler. — 65 — 50
12. Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik. Separatabdruck aus dem „Volkstaat“ 1873/74. — 15 — 15
13. Zur Wohnungsfrage. Von Fr. Engels. Separatabdruck aus dem „Volkstaat“ 1872. — 50 — 40
14. Grachus Babent und die Verschwörung der Gleichen. Von G. Deville. Aus dem Französischen und mit einem Nachwort von G. Bernstein. — 55 — 45
15. Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede von F. Lassalle. — 25 — 20
16. Die Charitabewegung in England. Mit Anhang: a) Rede von Joh. Kayser Stephens, gehalten am 10. Febr. 1839 in Staleybridge. — 40 — 35
- b) Beschlässe der Charitatenkonferenz v. April 1851.
17. Hochverrath und Revolution. Von W. Liebknecht. — 40 — 35
18. Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie von J. Diehgen. — 45 — 40
19. Das Recht auf Land. Von B. Sajarau. — 25 — 20
20. Arbeiterleben. Von F. Lassalle. — 40 — 35
21. Eine Arbeiters Unterlegung der nationalökonomischen Lehren John Stuart Mill's von J. G. Coorinus. — 65 — 50
22. Wissen ist Macht. Macht ist Wissen. Von W. Liebknecht. — 40 — 35
23. Kleine Aufsätze von F. Lassalle. 1) Die französischen Nationalvereine von 1848. 2) Antwort an Herrn Professor Rau. 3) Lassalle und die Statistik von W. Wadernagel. 4) Herr Wadernagel oder der moderne Herostratus. 5) Erwiderung auf eine Rezension der Kreuzzeitung. — 25 — 20
24. Zur Erinnerung für die deutschen Norddeutschen. 1806 bis 1807. Von S. Borchheim. Mit einer Einleitung von Fr. Engels. — 50 — 40
25. Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie. Von W. Liebknecht. — 25 — 20

German Cooperative Publishing Co.
114 Kentish Town Road, London N. W.

* Unsere Leser wissen, daß der Austritt aus dem Grund erfolgte, weil der Verleger das Recht von untergeordneten Frauen hernehmen läßt. Der Wiener Typographenbund hat das Verhalten der betreffenden Redakteure in einer besonderen Erklärung allen republikanischen Journalisten als Muster anempfohlen.